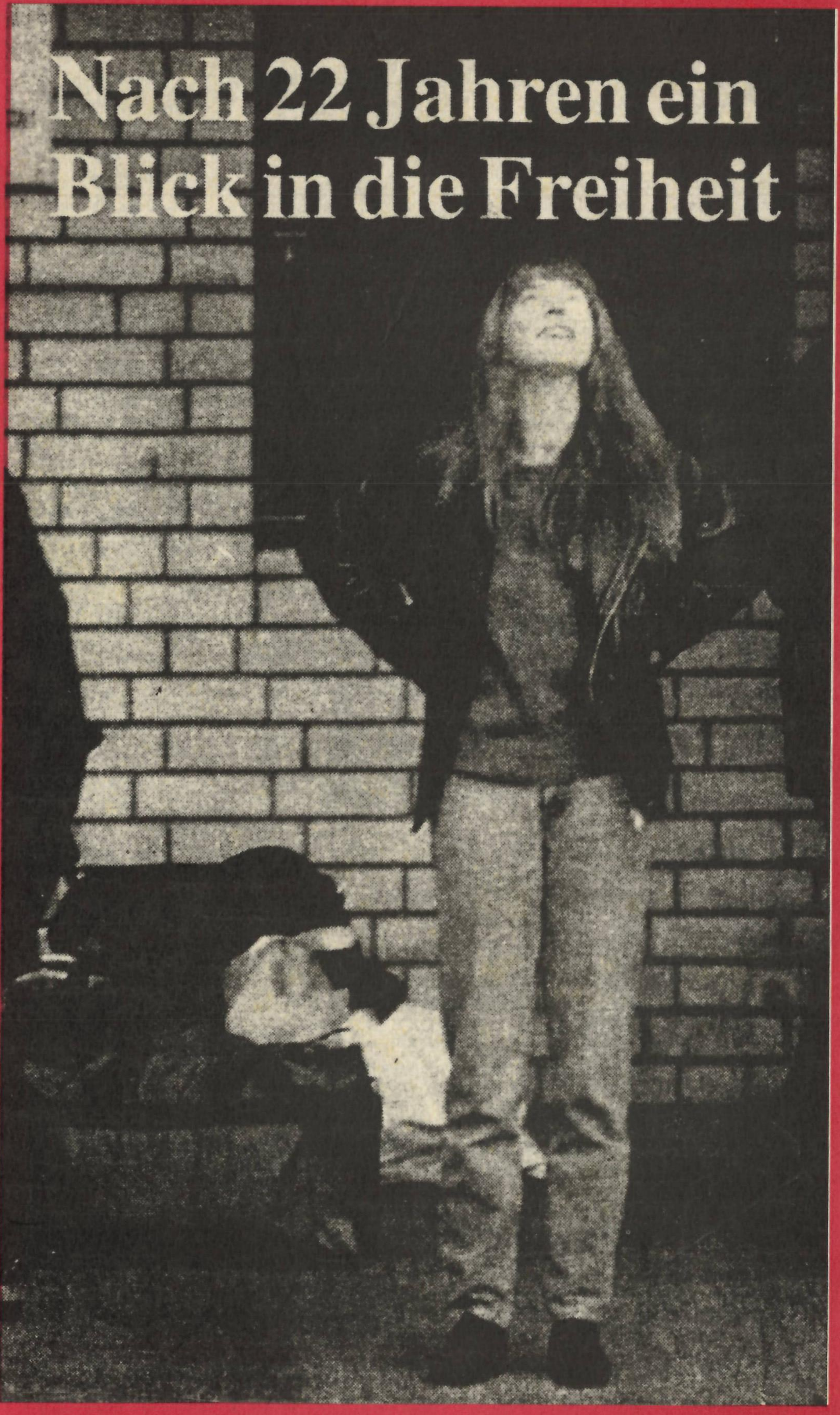
alhambra

selbstverwaltetes aktions- und kommunikationszentrum

zeitung und Programm januar



26135 oldenburg, hermannstr. 83 tel.: 0441 / 14402 fax: 2488660

129a Verfahren

Das Ermittlungsverfahren gegen den Vorstand des Alhambra-Fördervereins wegen Verstoßes gegen den §129a ist ohne Angabe von Gründen eingestellt worden. Zur Erinnerung: Weil in der März-Ausgabe der Alhambra-Zeitung ein Hinweis auf eine Broschüre der Roten Zora ("Militanz auf dem Eis") abgedruckt war, hatte die Oldenburger Staatsanwaltschaft gegen den Vorstand des "Vereins zur Förderung eines Aktions- und Kommunikationszentrums in Oldenburg e.V." wegen des Verdachts auf "Werbung für eine terroristische Vereinigung" ermitteln lassen.

Vollversammlung der Oldenburger Rechtshilfe

Alle SpenderInnen der Oldenburger Rechtshilfe und alle Leute, die im vergangenen Jahr Unterstützung erhalten haben, sind eingeladen zur jährlichen Mitgliedervollversammlung am Do.,den 19.Januar um 20Uhr30 im Alhambra (Nordwind-Raum).

Antifa-Konto

Ab sofort ist es möglich, durch Überweisungen, Daueraufträge und Einzugsermächtigungen die Antifa zu unterstützen:
Kontnr.: 000-195198, LzO (Blz.:28050100)
Antifa-Plenum Oldenburg

Café QUOX

Das Café QUOX hat ab 1.1.95 neue Öffnungszeiten:
Donnerstags von 19.00 - 23.00 Uhr, Kaiserstr. 19
Der nächste Filmtermin: 12.1.95

Alhambra -Grundsätzliches-

Auch wenn es nur wenige wissen, das Alhambra ist so ziemlich einmalig.
Es ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikatonszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist.
Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen.
Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten.
Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich (oft mit Streß und Nerverei verbunden) tun.
Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet.
Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können.
Jeden zweiten Freitag im Monat, vor „Die Disco“, trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „Nutzerinnen-Plenum“.
Auf diesem Plenum sind in der Regel Vertreterinnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc.
Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das „NutzerInnen-Plenum“ ist der einzige Ort, an dem dies besprochen, und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Impressum:

Die Alhambra-Zeitung wird unterstützt von:

AK "Kein Fußbreit den FaschistInnen"
ALSO-Plenum
Alternative Liste der C.v.0.-Uni
Antifa-Jugend-Front (AJF)
Antimillitarismus-Anti-AKW-Gruppe
Arbeitskreis Asyl
ASTA der Carl-von-Ossietzky-Universität
Café Quox
Crush Hour Concerts
Deutsche Kommunistische Partei,
(Kreisvorstand Oldenburg)
Dritte Welt Laden
Donna 45
Filmriß
Frauengruppe„Autonomes Fräuleinwunder“
Jazzclub Alluvium
Lateinamerika-Gruppe
Na-Und e.V.
Oldenburger Linke Liste (OLLI)
Oldenburger Rechtshilfe
PDS - Linke Liste Oldenburg
Rosige Zeiten
SDAJ
Stachel
Totalverweigerer Gruppe Oldenburg
zweiundvierzig

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder.

V.i.S.d.P.: K.Fischer

Jahresrückblick 1994

Videofilm
Widerstand in Stadt und Land

Antifaschistische Demonstrationen in Oldenburg, Aurich und Remels..
Demonstration gegen die Kriminalisierung des kurdischen Widerstands in Oldenburg.
Der Widerstand der Flüchtlinge in der ZAST Blankenburg.
Demonstration für die sofortige Freilassung von Irmgard Möller.
Der Einsatz von verdeckten Ermittlern bei der Polizei.
Der Kampf der Wagenmutigen um einen Wagenplatz.
Stoppt den Castor, das Land gehört den Lebendigen!
Ausschnitte aus dem alternativen Kulturfest "Straßenzauber" im Alhambra

und vieles mehr.....Dauer des Films (bringt viel Zeit mit!!!)

Montag den 30. 1. 1995 um 20.30 Uhr im Antifa-Cafe Alhambra

Veranstaltung mit Winnie L. Wanzala

Winnie L. Wanzala: „Neue theoretische Ansätze zu Sexismus, Rassismus, Klassismus - Frauen in Namibia „

Im Wintersemester 94/95 lehrt Winnie L. Wanzala (University of Namibia, Windhoek) im Rahmen der internationalen Gastprofessur für Frauenforschung an der Ruhr-Universität Bochum. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt in einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Thema: „Sex, race, class - theories of triple opression".
Der Arbeitskreis Wissenschaftlerinnen, das Internationalismus-Referat und die Alternative Liste der C.-v.-Ossietzky Universität Oldenburg haben Winnie L. Wanzala zu einem Vortrag „Neue theoretische Ansätze zu Sexismus, Rassismus, Klassismus -Frauen in Namibia" eingeladen.
Die Veranstaltung findet am Mittwoch, 18. Januar 1995 um 20.oo Uhr an der Universität, AI-0-010 (AVZ O-Ebene) statt.

Wider das Schweigen

Zum Stachelartikel „Wider das Brennen“ (12/94):

Wenn mensch nur wie die Stachelredaktion von der Phänomenebene ausgeht, (also alles was „brennt“, sammelt) erscheinen viele Dinge gleich, die nicht gleich sind. Es kommt immer auf die Begründungen der Handlung an und dem Kontext, in dem es geschieht. Der Redaktion des Stachels würde ein Vergleich von Nazi-Fackelzügen und Lichterketten ja auch nicht passen, obwohl dort auch dieselben Mittel angewendet werden und es gleich ausschaut.

Die Unverschämtheit eures Vergleiches, "Brennen" als Politikausdruck (wenn es denn so etwas überhaupt gibt) mit der Vernichtung von Menschen durch Brennen gleichzusetzen, verwischt den Unterschied zwischen Tätern und Opfern, zwischen Herrschenden und Unterdrückten, zwischen Terror und Recht auf Widerstand.

Die Anklage gegen „Familie Feuerschein“, sie sei „undemokratisch“, weil sie sich selbst zu „Richtern, Anwälten und Exekutoren“ ernannt haben, verleugnet die strukturgleiche Aktionsform der von euch so geliebten gewaltfreien Graswurzelgruppen. Auch dort entscheidet eine kleine Gruppe über „Anklage“, Aktionsform und unterrichtet bestimmt nicht vorher die Leute, gegen die es gerichtet ist. Wie sollten sonst Widerstandsaktionen auch gelingen?

Eure Sprache verrät schon die Ohnmacht eures „Alles Gewaltätige ist schon moralisch schlecht“ - Denkens; egal wer und aus welchen Gründen gewaltätig ist. Wenn bei euch „Autos den Flammen zum Opfer fallen“, nachdem ihr weiter vorne wirkliche Opfer von Flammen aufgezählt habt, dann ziehen wir es doch vor, weiterhin zwischen Sachen und Personen zu unterscheiden und eure Verdinglichung von Menschen nicht mitzumachen.

Eure Schwierigkeiten mit der Vermittlung dieser Aktion „wenn z.B. Nazis ähnliche Brandanschläge auf Autos von Verantwortlichen in Blankenburg verüben, um eine Schließung zu erreichen?“...- ja, warum sollten sie denn? - Nazis sind für Lager, Internierung und Abschiebung, sie haben historisch die „Lagerhaltung“ und Vernichtung von Menschen perfektioniert! Nazis verüben keine Anschläge auf Autos von Lagerleitern. Nazis sind sich der Aufgabenteilung in diesem Staat durchaus bewußt - Ausländergesetze, Asylrecht, ZASTen sind die „Baseballschläger“ der Herrschenden und des gutsituierten Mittelstandes. Ihr „nehmt keine Stellung zur Verantwortung des Lagerleiters“ - nein, aber ihr schützt das mit seiner Drecksarbeit erworbene Auto. Ihr nehmt nicht Stellung zu seiner Arbeitsveranwortung, wie er Flüchtlingsproteste in „öffentlichen Auseinandersetzungen“ verniedlicht, ihnen ihre Öffentlichkeit nimmt, wie er das System perfektioniert. (vgl. Alhambraprogramm Dez. 1994/ Dokumentation „Familie Feuerschein“)

.Wie lange wollt ihr eigentlich noch Lager hinnehmen, mit irgendwelchen Leuten „mal drüber reden“ und im Einklang mit den Herrschenden und den Nazischlägern die Menschen verteufeln, die sich auch mit militanten Mitteln dagegen wehren. (Anschlag RZ Oktober 1994 gegen Freßpaketelieferungen für Flüchtlingheime Leipzig, oder Anschlag Mitte Juni der Roten Zora gegen LKWs der Weigl-Tochterfirmen/Nürnberg - in der gängigen Presse nicht dokumentiert)

„Allein öffentliche Auseinandersetzungen mit den fremdenfeindlichen Meinungen und Maßnahmen in Deutschland können Raum für ein bißchen mehr Asylrecht schaffen“ - Es sind nicht irgendwelche „Unbelehrbare“, die vereinzelt z.Bsp. rassistische Meinungen haben oder irgendwelche Maßnahmen, die von niemandem verantwortet werden müssen, daß ganze hat System. Es geht nicht „um ein bißchen Asylrecht“, ein bißchen Krieg oder Frieden. Es gilt die Friedhofsruhe , in der Menschen in ZASTen Selbstmord begehen oder in Abschiebeknästen hungerstreiken und trotzdem ungehört bleiben, zu durchbrechen. Nicht nur Schlägertypen bringen Menschen um - der Tod wird auch bei Abschiebungen (Frankfurt/Flughafen- Nigerianer; Abschiebungen in den Iran/Bremen) billigend von den Beamten in Ausübung ihrer Dienstpflicht in Kauf genommen.

Wir möchten diese Diskussion nicht im Stachel führen in der Pseudotrennung zwischen „Gewalt“ und „Nichtgewalt“ oder der stillschweigenden Hinnahme der strukturellen Gewalt des Staates, um ein weiteres Mal Argument gegen Argument auszutauschen und danach gibt es nur wieder mehr Altpapier und das eigentliche Problem, die Lagersituation und die Menschen darin, bleiben außen vor.

keine Abschiebung, keine Lager, keine Lagerleiter!

Sympathisanten (?) der Familie Feuerschein

1000 Terroristen auf freiem Fuß?!

Die GSG 9-Beamten, die unter schwerem Verdacht stehen Wolfgang Grams am 27.. Juni in Bad Kleinen ermordet zu haben, sind noch immer nicht gefaßt!
Es wird nicht gegen sie ermittelt, obwohl sie als GSG 9 - Beamten "Mitglieder einer bewaffneten Organisation" sind. Demzufolge müßten alle sich im Einsatz befindlichen GSG 9 - Beamten zur Rechenschafat gezogen werden.
Aber sind vor dem Gesetz wirklich alle Menschen gleich??
Am 15.11.1994 hat der Prozeß gegen Birgit Hogefeld begonnen,
indem sie mittels der eben beschriebenen juristischen Konstruktion angeklagt und zu lebenslänglich verurteilt werden soll. Und dies, obwohl sie die einzige Person ist, von der feststeht, daß sie nicht geschossen hat , denn sie lag zum Zeitpunkt der tödlichen Schüsse in Bad Kleinen bereits gefesselt und mit einer Kapuze über den Kopf gestülpt auf dem Boden.Dennoch wird Birgit Hogefeld des Mordes in Bad Kleinen und des sechsfachen Mordversuches angeklagt.
Was bei den GSG 9 - Beamten absurd klingt soll auf Birgit Hogefeld angewandt werden.Die staatliche Version lautet:Ihr Genosse und Lebensgefährte Wolfgang Grams hat den Polizeibeamten Newrzella erschossen.Da beide in der RAF organisiert sind, hat er dabei mit Birgit Hogefelds Einverständnis gehandelt. Diese widersprüchliche Konstruktion wird von der staatlichen Seite benutzt, um von der Tatsache abzulenken, daß die GSG 9 - Beamten nach wie vor unter dem Verdacht stehen , den am Boden liegenden Wolfgang Grams mit einem Kopfschuß aus nächster Nähe regelrecht hingerichtet zu haben. Das die Tatsachen verdrehende Vorgehen, die systematische Spurenvernichtung und die erzwungenen Rücktritte der Verantwortlichen (zum Beispiel der Innenminiister Seiters) sollen nun vergessen gemacht werden. "Weil nicht sein kann, was nicht sein darf" wurde sich auf die Staatsversion geeinigt, die Birgit Hogefeld wegen einer Tat, die sie nachweislich nicht begangen hat , zur "Mörderin von Bad Kleinen" machen will.
Seit ihrer Festnahme am 27.6 1994 ist Birgit Hogefeld solchen Sonderhaftbedingungen, wie sie bereit seit 20 Jahren in der BRD an politischen Gefangenen praktiziert werden, ausgesetzt. Diese Sonderhaftbedingungen sind von Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international und vielen FachärztInnen mehrfach scharf kritisiert worden.Bei Birgit Hogefeld wird jeder zwischenmenschliche Kontakt möglichst verhindert bzw. weitesgehend kontrolliert.Es kann nach wie

vor praktisch keine oder nur sehr eingeschränkte Kommunikation zu anderen Gefangenen geben.So war sie zum Beispiel bis kurz vor Prozeßbeginn 23 bzw. 24 Stunden in ihrer Zelle isoliert.Post der Verteidigung, Zeitungen und Briefe werden stark zensiert, Besuche finden bis auf 2 Ausnahmen durch eine Trennscheibe aus Panzerglas statt. Die Vorbereitung der Verteidigung wird massiv behindert..Am 24.10.94 ist sie sogar von mehreren Schließerinnen und Schließern gewaltätig angegriffen und mißhandelt worden.
Birgit Hogefeld ist also permanenter Schikane ausgesetzt, die darauf abzielt, ihre körperliche und seelische Unversehrtheit zu schädigen, um ihre persönliche und politische Identität zu brechen. Birgit Hogefeld setzt sich dafür ein,

"der Zerstörung des Sozialen und dem Jeden - gegen - Jeden (und Jede - gegen - Jede Anm. d. V.) eine Organisierung entgegenzusetzen und gesellschaftliche Räume zu schaffen, in denen Solidarität lebendig ist und aus denen heraus viele die Verantwortung für gesellschaftliche Entwicklungen in die Hand nehmen".

Es wird versucht, diese Haltung und die damit verbundene politische Praxis auszugrenzen und mundtot zu machen.Eine Politik, die sich gegen menschenverachtende und unterdrückende Strukturen in unserer Gesellschaft
wendet und die für grundlegende Veränderung kämpft,
ist berechtigt und unterstützenswert.

Wir fordern dazu auf, diesen Prozeß kritisch zu betrachten und dem Einheitsbrei der Medien und dem PolitikerInnengewäsch keinen Glauben zu schenken!
Unterstützt Birgit Hogefeld!
Laßt euch nicht mundtot machen!
Für die Wiederaufnahme der Ermittlungen gegen die tatverdächtigen GSG- 9 - Beamten!
Keine Kriminalisierung von freier politischer Kommunikation, Information , Diskussion und Aktion,die den Kampf gegen menschenverachtende Verhältnisse fördern !
Setzt euch ein gegen die Folter der Isolationshaft!
Solidarität und Freiheit für alle politischen Gefangene aus dem linksradikalen Widerstand!

Besucht den Prozeß und macht die Vorgänge öffentlich!

Prozeßtermine: Dienstag,20.12.94
Freitag, 23.1294
Dienstag und Donnerstag, 3.1.95 - 17.1.95
Montag, 30.1.95,jeweils 9.30 Uhr,OLG Frankfurt

weitersagen+weitersagen +weitersagen+weitersagen+weitersagen+weitersagen +weitersagen +weitersagen+ weitersagen+weitersagen+weitersagen+

junge Welt
Dienstag, 20. Dezember
1994, Nr. 295

»Wir haben die Macht-Frage gestellt...«

Irmgard Möller gehört zu den ersten aus der RAF, die gefangengenommen worden sind. Weil sie 1972 an dem Anschlag auf das US-Hauptquartier in Heidelberg beteiligt gewesen sein soll, wo der Zentralrechner zerstört wurde, der die Bombenangriffe auf Vietnam koordiniert hat, wurde sie zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt. Vor zwei Wochen ist sie nach fast 23 Jahren Haft entlassen worden. Oliver Tolmein, der 1992 das erste Fernsehgespräch mit Gefangenen aus der RAF geführt hat, hat mit ihr gesprochen: Über ihre ersten Erfahrungen draußen, die Notwendigkeit, die anderen Gefangenen rauszuholen, die Spaltung von RAF und Gefangenengruppe.

Du bist jetzt bald seit zwei Wochen draußen. Du hast dir bestimmt vorher vorgestellt, wie es draußen sein würde...

Nein, das hatte ich nicht, ich hatte ja keine Zeit, mir das vorzustellen,ich habe erst eine Woche vorher sicher gewußt, daß ich rauskommen werde, und dann mußte ich meine ganzen Sachen zusammenpakken,da hatte ich überhaupt keine Zeit mehr, mir irgend etwas vorzustellen.

Und vorher, hast du dir vorher in deiner Knastzeit vorgestellt, wie wird das sein, wenn ich rauskomme?

In den Siebzigern habe ich mir das vorgestellt, in den Achtzigern konnte ich mir das gar nicht vorstellen,weil es da völlig unrealistisch war. Und in den Siebzigern wäre ich auf eine andere Weise rausgekommen: Da habe ich überlegt, was ich mache, wenn ich befreit werde, das ist eine andere Situation, als wenn du von den Bullen zum Tor begleitet wirst mit Gepäck.

Als wir das Fernsehinterview gemacht haben, 1992 für den NDR, stand das unter dem Motto: Alle 40 (politischen Gefangenen) müssen raus. Das war doch eine konkrete Perspektive.

Ich habe mir vorgestellt, daß wir alle zusammen rauskommen. Und jetzt gehe ich plötzlich alleine durchs Tor. Als sich diese Entwicklung abzeichnete, habe ich mich total gesträubt, das zu akzeptieren.

Hast du mittlerweile das Gefühl, daß du draußen angekommen bist?

Angekommen natürlich noch lange nicht, das wird Jahre dauern, das weiß ich aus Erfahrung von allen, die nach langer Zeit entlassen worden sind. Aber ich bin erstaunt, wie gut es mir gelingt, mich hier zurechtzufinden. Ich merke dann, das kann ich jetzt und das, und andere Sachen halte ich von mir fern. Ich bin also nicht Objekt von Reizen, die mich überfluten. Ich war sogar schon, obwohl mich alle davor gewarnt haben, einmal im Kaufhaus. Ich bin da freiwillig reingelaufen, und das hat mich überhaupt nicht überwältigt, ich hab mich keinen Moment wie ein Objekt gefühlt. Als ich am Tag meiner Entlassung tatsächlich vorm Tor stand, war ich mir überhaupt nicht sicher, ob ich das so packen würde. Und dann ist es mir am ersten Tag gleich gelungen, mit den Leuten, die mir begegnet sind, auch zu reden. Meine größte Freude war, daß Yessie (Macchie von den Tupamaros, siehe *jW* vom 8.12.94) und zwei weitere Genossen aus Uruguay extra gekommen waren, um mich zu empfangen und die ersten Tage bei mir zu bleiben, weil es da eine ganz tiefe Verbindung und Nähe gibt. Ich konnte mit allen reden und habe alle gesehen, wie sie sind, und konnte so viel sagen, wie ich in dem Moment grad auch wollte, und mit dem nächsten dann genauso konzentriert reden. Das hat mich ganz froh gemacht und war keineswegs selbstverständlich.

Was ist das für ein Unterschied, wenn du jetzt Leute triffst, die du vorher im Knast als Besucher erlebt hast?

Ich lerne die viel besser kennen, wenn ich z.B. gucke, wie schlafen die, wie stehen die auf, was haben die für Gewohnheiten. Eine Frau, die besucht mich seit zwölf Jahren: Bis 1989 habe ich die nur hinter der Trennscheibe gesehen, und das wirkt dann wie ein Foto von ihr, gar nicht, wie sie selbst, ganz unwirklich und eindimensional. 1989 kam die Trennscheibe weg, und ich konnte die Besucherin plötzlich ganz direkt sehen, das war schon eine enorme Veränderung. Z.B. konnte ich zum ersten Mal ihre Augenfarbe sehen, aber andererseits mußte sie hinter dem Tisch im Besucherraum sitzen und existierte für mich eigentlich nur mit einem Oberkörper, und ich hatte, weil man sich ja auch noch ins Gesicht guckt, bis sie zur Tür raus ist, eine sehr vage Vorstellung von ihren Umrissen. Ich habe mir auch gedacht, ob sie wohl immer so geht, wie sie gegangen ist, als sie den Besucherinnenraum verlassen hat, oder ob das nur ein ganz bestimmter Gang ist, den sie hat, wenn sie einen Raum verläßt, in dem eine Gefangene zurückbleibt, während ein LKA-Mann alles überwacht.Jetzt stelle ich fest, daß sie dauernd so geht *(lacht)*, das macht unheimlich Spaß, auch so alltägliche Vorgänge zu entdecken, ganze konkrete sinnliche Erfahrung mit Menschen zu machen.

Du hast im Knast in einer kleinen Gruppe, mit drei und später dann mit zwei Frauen zusammengelebt, in einer ziemlich intensiven Lebensgemeinschaft. Findest du es hier draußen jetzt lockerer, freier, oder empfindest du es auch mehr als unverbindlich?

Mir begegnen jetzt die meisten draußen nicht unverbindlich, sondern sehr offen und herzlich. Ich hatte aus ganz anderen Gründen einen Horror vor dem, was mich draußen erwartet. Ich hatte Angst vor diesem Verfallsprozeß in der Linken. Ich dachte, daß es sehr schwer sein würde, sich zu

junge Welt
Dienstag, 20. Dezember
1994, Nr. 295

Endlich draußen. Irmgard Möller begrüßt die bereits 1992 entlassene Gabi Rollnik, mit der sie jahrelang in Lübeck in einer Kleingruppe gefangen war. Der Staat ist immer noch dabei: Möller mit ihrer Anwältin (Seite 10). Fotos: Signum/Marcus Höhn

verständigen oder daß es eine einfache Begegnung gar nicht mehr geben könnte. Das ist aber ganz anders, jedenfalls mir gegenüber.

Wie läuft dein Alltag jetzt ab? Du hast im Knast ja einen relativ festen Tagesablauf gehabt. Fühlst du dich jetzt, als ob du alles machen könntest?

Theoretisch könnte ich alles machen. Aber ich will nicht alles auf einmal und gleichzeitig, sondern bewußt und selbst bestimmen, was ich in dem Moment oder an dem Tag machen will, damit ich es in der Hand behalte. Das ist natürlich erst mal »wenig«, aber die einzige Lebensweise, die möglich ist. Praktisch mußte ich erst mal zu allerlei Ämtern gehen. Skurrile Erfahrungen habe ich auf dem Einwohnermeldeamt gemacht, wo ich mit meinem Geburtsschein ankam. Ich wollte dann einen vorläufigen Ausweis haben, da haben die gesagt, die Bundesrepublik Deutschland vergibt den nicht einfach, in den Papieren steht nirgends, daß Sie Deutsche sind, weisen Sie das erstmal nach.

Wie hast du dann nachgewiesen, daß du Deutsche bist?

Die wollten sich auf dem Dienstweg erkundigen, wo ich denn früher mal gemeldet war, also vor 30 Jahren. Das sollte dann sechs Wochen dauern, ich wollte den Ausweis aber sofort. Der Chef war dann so bereitwillig, daß er über sein Telefaxgerät in Hannover, wo mal ein Paß für mich ausgestellt worden ist, nachgefragt hat, aber diese Registraturen sind längst gelöscht worden. Mehr durch Zufall hat sich dann herausgestellt, daß ich in der Wohnung meiner Eltern noch gemeldet war, und dann habe ich ein Vierteljahrhundert übersprungen und habe damit meinen Paß bekommen. Sonst hätte ich mich erkennungsdienstlich behandeln lassen müssen. Nachdem feststand, daß Irmgard Möller Deutsche ist, mußte ich als nächstes nachweisen, daß ich auch Irmgard Möller bin. Da könnte ja jede kommen... Ich habe ihm versucht zu erklären, daß wohl niemand ausgerechnet auf meine Papiere scharf ist, aber das hat ihn nicht interessiert. Schließlich hat es ausgereicht, daß eine Freundin für mich bürgen konnte – dann war wieder amtlich klar, daß ich ich bin.

Und einmal abgesehen von der Bürokratie, wie ergeht es dir im eigenen Alltag, wo du jetzt selber sagst, das möchte ich kennenlernen? Planst du das, läuft das spontan?

Ich mache das spontan. Wenn mir aufällt, daß wir kein Obst haben, dann geh' ich in den nächsten Obstladen und such' mir was aus, statt den Einkauf für x Wochen vorzuplanen. Mir ist es natürlich fremd, wie das heute in den Läden läuft, früher wurde man bedient und jetzt *(lacht)* lungert irgend jemand hinter dem Tresen, und wenn ich frage, können Sie mir das mal geben, da sagt der, nehm 'se sich doch selbst. Dann kommt das Abenteuerlichste, das Bezahlen. Dann muß ich erst mal meine Brille aufsetzen, weil mir das Geld ganz fremd ist, ich weiß nicht, welchen Schein leg ich hin, was krieg' ich zurück, ich geb mir auch keine Mühe, das zu verstecken, ich sage irgendwie, daß mir das nicht so geläufig ist. Ich mag's lieber, wenn andere Leute bezahlen, um mir diesen Vorgang zu ersparen. Ein besonderer Moment war, als ich den Wohnungsschlüssel hatte und zum ersten Mal die Wohnung aufgeschlossen hab'. Ich war ganz aufgeregt, habe mich zu dem Schlüsselloch runtergebeugt, statt lässig aus der Hüfte zu schließen. Das mache ich noch öfter so, daß ich mich zu den Gegenständen runterbeuge, einfach, weil ich alles genau sehen will und gleichzeitig noch kein Gefühl dafür habe, wie so Apparate wie Toaster oder Waschmaschinen heute funktionieren: Mit manchen hatte ich richtige Kämpfe.

Du hast ja die Verhältnisse in diesem Land im wesentlichen in den letzten 25 Jahren über Erzählungen von Besucherinnen und Besuchern und über Medien wahrgenommen. Unterscheiden sich deine live-Eindrücke jetzt sehr von dem, was du da mitbekommen hast?

Vor einigen Jahren hab ich mich dabei ertappt, die Wirklichkeit daran zu messen, daß ich schon mal was in der Zeitung gelesen habe, so wie Leute Landschaften sehen und sagen: toll, wie auf der Postkarte...

1992 hattet ihr ja auch direkten Kontakt mit den Medien, als ihr das Interview mit dem Spiegel *und mit dem NDR-Fernsehen machen durftet, die ersten Interviews mit politischen Gefangenen aus dem Knast. Hat das von heute aus gesehen das ausgelöst, was ihr erwartet habt?*

Wenn ich jetzt das *Spiegel*-Interview lese, finde ich es fürchterlich, weil es furchtbar platt und ungenau ist. So würde ich das nicht nochmal machen. Wir hätten konkretere Sachen sagen müssen, und mir war auch nicht klar, was es für Folgen hat, wenn man Sachen sagt, die nicht richtig zu Ende gedacht sind, die dann aber durch eine Veröffentlichung erst mal festgeschrieben sind und die uns dann wie Schilder um den Hals gehängt werden. Und uns ist in Lübeck dann konkret verboten worden, weitere Interviews zu geben, in denen wir was hätten korrigieren oder weiterentwickeln können.

Was wäre so ein Punkt?

In dem NDR-Fernsehinterview mit dir war es die Geschichte, wo wir uns auf die Anwohner-Initiative in der Stresemannstraße, wo die Lastwagen durchfahren und ein Kind überfahren worden ist, bezogen haben.

Aber einen Gedanken anzureißen, auch wenn er nicht zu Ende gedacht ist, kann doch eine Debatte initiieren und ist erst mal besser, als etwas »zu Ende« zu denken, was immer auch einen Moment von Starre in sich birgt...

Es gibt was zwischen starren, gestanzten Sätzen, die man ausspuckt, und Ungenauigkeiten. Die rühren z. B. daher, daß wir lange in einer

Kleingruppe gelebt haben, und da neigt man dazu, Sätze gar nicht mehr zu Ende zu reden, weil für unsere Diskussionen oft Stichworte ausreichen. Wir kennen uns so lange und so gut, daß dann schnell alles klar ist – und dabei wird schnell vergessen, daß man anderen mehr erklären müßte oder daß bestimmte Worte für die auch eine ganz andere Bedeutung haben können. Z.B. hat es totale Mißverständnisse gegeben, was wir mit »Gewalt« meinen. Wenn wir über Gewalt reden, dann wissen wir immer untereinander, welche gemeint ist, aber in der Öffentlichkeit ist der Begriff ganz anders besetzt.

Gab es auch positive Reaktionen auf die Interviews?

Ja. Es war schon wichtig für die Leute, uns überhaupt mal anders sehen zu können als auf Fahndungsfotos. Das war auch lange Zeit verboten. Wir hatten öfter beantragt, daß wir Fotos von uns selber machen können, um sie anderen Gefangenen zu zeigen, ich kenne ganz viele von

»Wir haben den Staat bewußt angegriffen, wird sind nicht immer nur Opfer gewesen.«

den RAF-Gefangenen gar nicht persönlich und war begierig, von denen mal Fotos zu sehen. Da wurde gesagt: Nein, das läuft nicht, weil die Leute draußen Fotos nur für Solidaritäts-Kampagnen »mißbrauchen« würden. 1988 hat sich das geändert, da durften wir uns das erste mal fotografieren lassen, vor einer weißen Wand. Wir durften auch nicht zusammen auf ein Foto, sondern nur jede für sich. Trotzdem war es ein irres Gefühl, plötzlich ein Foto von sich zu sehen, das letzte Foto von mir hatte ich vielleicht vor 17 Jahren gesehen. Und so war es bei dem Film auch: Daß wir zusammen waren und man uns sehen konnte, das war wahrscheinlich am wichtigsten – wir konnten es allerdings selbst 1992 nur einmal sehen, danach nicht mehr.

Wie wichtig war denn überhaupt dieser Zusammenhang von Gefangenen untereinander? Der war praktisch doch sehr schwer herzustellen.

Ja, aber es ist der Lebensnerv, und nicht nur im Knast: Die Auseinandersetzung und Kommunikation mit denen, die zusammen angefangen haben zu kämpfen und sich so in die Konfrontation. Unsere zentralen Kämpfe in den ganzen Knastjahren gingen genau darum, daß wir zusammen kommen. Seit ein paar Jahren kann es aber nur noch einen Übergang bedeuten, weil wirklich alle raus müssen. Es kann nicht sein, daß Hanna (Krabbe) in Lübeck alleine bleibt und Christian (Klar) in Bruchsal und zwei hier und einer dort. Es müssen jetzt wirklich alle zusammen sein, die Auswirkungen der politisch bestimmten Haftgeschichte müssen aufgefangen werden, in jeder Beziehung. Dazu will ich auch noch komplexer etwas sagen, aber das mach ich jetzt noch nicht, dafür brauche ich noch Zeit.

Wenn dich heute jemand, der oder die vielleicht 20 ist, fragt, warum soll ich mich mit der RAF beschäftigen, das ist doch vorbei, hast du dann eine Antwort?

Ja klar *(lacht)*. Stell dir doch mal vor, wie die Bundesrepublik heute aussehen würde, wenn es die RAF nicht gegeben hätte?

Was wäre anders?

Da wären noch viel mehr Köpfe zubetoniert. Das wäre ganz furchtbar, weil die Erfahrung, daß fundamentaler Widerstand in einem Land wie der BRD möglich ist, fehlen würde, es gäbe spezifisch da nichts, woraus man lernen könnte ...

Nun war die RAF nicht die einzige Gruppe, die Widerstand geleistet hat.

Nein, das behaupte ich auch nicht. Im Gegenteil. Aber sie hat am einschneidendsten Widerstand geleistet durch Angriff in jeder Beziehung. Es war nicht zufällig, daß der Staat so reagiert hat. Wir haben die Machtfrage gestellt – und darüber ist Kraft entwickelt worden, die sonst gefehlt hätte, es hat die Verhältnisse hier aufgerissen. Und ich bekomme jetzt auch von jungen Leuten mit, daß sie damit was anfangen können, daß sie sich wiedererkennen, ohne vielleicht immer ganz genau zu wissen, was es alles für sie bedeutet.

Die Trennung von RAF und dem Großteil der Gefangenen aus der RAF im letzten Jahr kam für viele Menschen draußen überraschend. Was waren für euch die entscheidenden Punkte, diesen Bruch herbeizuführen, wo euch der Erhalt des Kollektivs andererseits doch so wichtig ist?

Für uns war es eine böse Erfahrung, mit einem Mal zu merken, wie tief die Differenzen mit einem Teil der Gefangenen und der RAF draußen geworden sind, ohne daß wir das sofort im ganzen Umfang realisiert haben. Wir hatten bis dahin immer gedacht: Diese Widersprüche überbrücken wir auch noch. Jetzt wissen wir, daß es tatsächlich Ausdruck eines Gesamtzerfalls in der radikalen Linken ist. Wir dachten Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre, daß RAF-Politik nicht davon ergriffen werden könnte und wir den Umbruch produktiv umsetzen könnten.

Es geht konkret um die RAF draußen und die Celler Gefangenen bzw. Birgit Hogefeld auf der einen Seite und die anderen Gefangenen aus der RAF auf der anderen?

Konkret ja, aber das umfaßt viel mehr, und ich will die Auseinandersetzung nicht darauf reduzieren und sie nicht personalisieren.

Was ist der Kern dieses Streits?

Das ist schwer, so knapp zu sagen. Und so umfassend, wie es nötig wäre, kann ich es noch nicht. Da müssen wir später noch mal genauer drüber reden.

Gerne. Und knapp, aber schwierig?

Was diese Zäsur, von der wir 1992 gesprochen haben, meint, ist nie genau geklärt worden. Es hat im Grunde zwei verschiedene Vorstellungen davon gegeben, und dieser Unterschiedlichkeit sind wir nicht beizeiten auf den Grund gegangen. Die einen, wir, wollten die Zäsur, um das Wichtigste an unserem Kampf zu erhalten: Die Form des Kampfes sollte sich verändern, aber nicht der Inhalt und das Verständnis der eigenen Politik und ihrer Wirkung, die konstituierend für die Politik der RAF waren wie z.B. Internationalismus. Die anderen haben die Zäsur als Gelegenheit begriffen, um die RAF abzuwickeln. Die reden zwar viel von emanzipatorischen Prozessen, aber das heißt nichts mehr, weil sie unsere Geschichte und Zukunft dem Staat vor die Füße gelegt haben. Und zwar in einem Moment, wo es genau auf sie angekommen wäre. Wenn ich nur daran denke, wie sie die Kontakte über Christian Ströbele von den Grünen mit Edzard Reuter von Daimler-Benz geknüpft haben (Die Gespräche zwischen Reuter und Ströbele fanden 1993 statt, führten aber zu keinem Ergebnis; d.Red.), damit er Druck auf die Regierung ausübt, damit wir entlassen werden – was ist denn daran emanzipatorisch?

Aber Kapitalismuskritik, das Ziel einer gesellschaftlichen Umwälzung – das prägt auch die Papiere und Vorstellungen von Karlheinz Dellwo, Lutz Taufer und Knud Folkerts, und ich finde auch die Papiere der RAF...

In ihren Briefen und Papieren zur »Aufarbeitung der RAF-Geschichte« wird der Staat zunehmend zum Subjekt der Auseinandersetzungen, und die RAF erscheint als bloß reagierende Kraft. Es wird also argumentiert: Wenn der Staat dieses, also z.B. Isolationshaft, nicht gemacht hätte, hätte die RAF auch nicht angegriffen – und so geht das in einem fort. So, als ob wir nie eigene Ziele bestimmt hätten, sondern der böse Staat an allem schuld hätte. Dabei haben wir den Staat bewußt angegriffen, wir wollten ihn zerschlagen – und wußten natürlich, daß der Staat zurückschlagen wird und sich daraus eine Dialektik entwikkelt. Wenn Karlheinz (Dellwo), Lutz (Taufer) und Knud (Folkerts) das jetzt so darstellen, als wären wir immer nur Opfer gewesen, dann fügt sich das in die staatliche Geschichtsschreibung, die ja auch immer bestreitet, daß es je selbstbewußten Widerstand, den Kampf für etwas ganz anderes gegeben hat. Darin geht es ja nicht nur um die RAF, sondern z.B. auch um die Tilgung des Widerstands der Kommunisten und Antifaschisten gegen Nazi-Deutschland und die ganze Zeit danach zur Konstituierung eines neuen/alten »Nationalbewußtseins« wie zuletzt bei den Feiern zum 20. Juli 1944. Und das Perfide ist, daß immer noch so argumentiert wird, als wären sie gar nicht so weit von uns entfernt. Das Schwierige ist, daß die Auseinandersetzung von außen gesehen bis jetzt so wirken mag wie ein Zerfleischungsprozeß, und entsprechend reagieren die Leute auch und sagen: Ach, das kennt man – in Situationen, in denen der Feind übermächtig wird, zerfleischen sich die Linken eben, so als ob das ein Naturgesetz wäre. Aber damit darf man sich, auch wenn das heute so üblich scheint, nicht zufrieden

»Wenn sie zugeben, daß Wolfgang Grams von der GSG-9 erschossen worden ist, hätte das auch für Stammheim neue Fragen aufgeworfen.«

geben. Und es kommt auch nicht so sehr auf die Details an, wann wer was wie wo gemacht hat, sondern es geht um das Grundsätzliche, das eigene Verhältnis zum Feind, zum Staat, zum Imperialismus. Und da kann es sowas wie Neutralität nicht geben, nicht mehr geben, denke ich.

Aber auch nicht unbedingt Zuordnung zu einer Gruppe. Ich gehöre selber zu denen, die damals in konkret *geschrieben haben: In diesem Konflikt muß nicht Partei ergriffen werden. Zum einen wissen wir draußen nicht genau, was im Detail in den Knästen passiert, wer was wie bei Anhörungen oder Verhandlungen etc. sagt und macht, zum anderen ist es auch fragwürdig, von draußen in Freiheit Bedingungen an Gefangene zu stellen, die diese erfüllen müssen, eventuell auch um den Preis, daß sie Jahre länger sitzen müssen.*

Darum geht es so nicht. Jeder von uns weiß, daß jede unserer Handlungen Konsequenzen hat. Und wenn für jemanden das erste Ziel ist, rauszukommen, dann wäre das an sich o.k. – aber dann muß das auch so offen gesagt werden und nicht im Geheimen hinter der Tür den Bullen, dann darf niemand so tun, als erfolgten die Schritte dahin noch auf der Grundlage eines Konsenses. Das hat dann nämlich ganz negative Auswirkungen für die anderen.

Was heißt das denn z.B. für Birgit Hogefeld, bei der es im Augenblick nicht um Zugeständnisse oder die Aufgabe des Kampfes geht, sondern darum, daß sie vor Gericht steht und Lebenslänglich zu erwarten hat, die ja auch Isolationshaftbedingungen unterliegt und sich im Sommer an dem befristeten Hungerstreik für deine Freilassung beteiligt hat?

Die Situation von ihr ist natürlich ziemlich schwierig. Aber sie verhält sich in den Ausein-

junge Welt
Dienstag, 20. Dezember
1994, Nr. 295

andersetzungen, die wir führen, aktiv, sie ist nicht zufällig und ohne ihr Zutun in eine mißliche Lage manövriert worden: Sie hat z.B. den Cellern die Verhandlungen mit Ströbele überlassen, obwohl sie wußte, worum es gehen sollte, und daß es um eine Auflösung geht. Insofern ist sie auch mitverantwortlich. In dem Moment, wo es extrem heikel und wichtig war, hat sich die RAF entscheiden müssen, was sie macht – und sie haben sich so entschieden, daß der Staat die Möglichkeit bekam, so zu handeln, wie er will. Das hat fürchterliche Folgen für alle gehabt.

Aber gerade dieser Schritt ist doch auch von euch und von fast allen draußen begrüßt worden (auf die Erklärung der RAF vom 10. April 1992, den bewaffneten Kampf vorerst nicht weiterzuführen, gab es unmittelbar eine von Irmgard Möller im Namen der Gefangenen aus der RAF unterzeichnete zustimmende Erklärung; d.Red), das kann doch heute nicht allein der RAF zugerechnet werden.

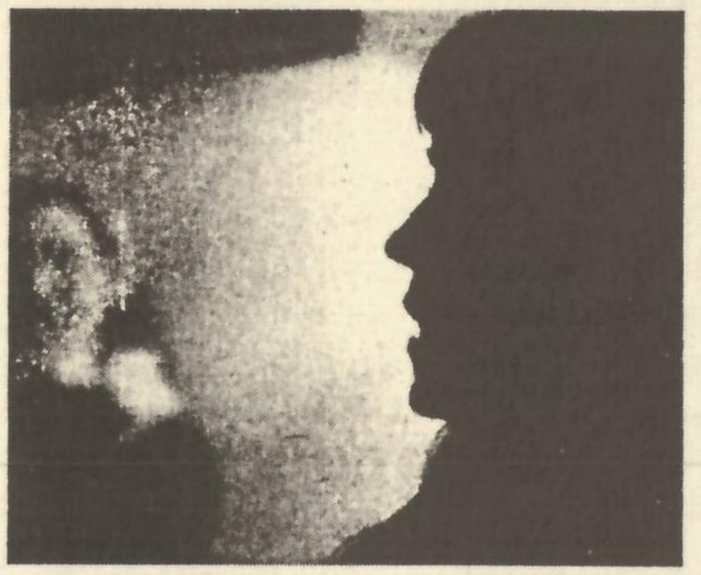
Die Zäsur – ja. Aber wir waren entsetzt über die Erklärungen und was sie bedeutet. Für uns war es wichtig, die Zäsur zu machen, weil der bewaffnete Kampf nicht mehr die gesellschaftliche Wirkung hatte wie am Anfang. Es ging aber bei ihnen nur noch um das Verhältnis von Staat und RAF und nicht mehr um gesellschaftliche Wirkung und den Sinn des ganzen Kampfes. Und dann wollten wir erreichen, eine Diskussion herbeizuführen, in deren Verlauf die Gefangenen auch rauskommen sollten, wo das aber nicht der zentrale Inhalt hätte sein sollen, und der Rest ist nicht so wichtig.

Und warum habt ihr auf die April-Erklärung der RAF dann zustimmend und nicht ablehnend reagiert?

Ich habe gesagt, der *Schritt* ist richtig. Wir wußten nicht, was wir machen sollten, und wollten uns nicht hinstellen und sagen: Das ist insgesamt falsch. Wir haben keine Ebene und kein Mittel gefunden, unsere Kritik anzubringen – es ist so verdammt schwierig, zwischen den Knästen und bei der Post- und Besucherkontrolle eine genaue und abgestimmte Position zu entwickeln. Das hat uns ein ganzes Jahr gelähmt.

Die Positionen, die die RAF in ihren April- und August-Papieren entwickelt hat, fand ich einerseits eher sozialdemokratisch und merkwürdig unkritisch gegenüber z.B. den Erfahrungen der Bürgerinitiativ-Bewegungen. Andererseits war es befreiend, endlich auch mal von der RAF eine (selbst-) kritische Auseinandersetzung mit ihrer Politik zu lesen, die möglich macht, sich damit auseinanderzusetzen.

Die Leute waren so begeistert von der Tatsache, daß es überhaupt eine Selbstkritik gibt, daß sie gar nicht mehr gesehen haben oder sehen wollten, wo das hinläuft – und heute kann man das total genau sehen: Es werden revolutionäre Ziele aufgegeben. Statt sich von falschen Sachen zu befreien, befreien sie sich von allem. Ein Beispiel für diese falsche Selbstkritik ist ihr Umgang mit der Frage der Gefangenen: In ihren Erklärungen haben sie ja geschrieben, wir stellen den bewaffneten Kampf vorübergehend ein, damit der Staat die Gefangenen freiläßt, und wenn der Staat die Gefangenen nicht freiläßt, schlagen wir wieder zu. Damit ist dem Staat in die Hand gegeben worden zu entscheiden, wann was gemacht werden kann – das hat mit revolutionärer Politik nichts mehr zu tun. Wir haben das kritisiert und haben geschrieben: Ob Gewalt als Mittel eingesetzt wird oder



Irmgard Möller im Gespräch mit der jW
Fotos: Marily Stroux

nicht, muß unsere Entscheidung bleiben, die nicht mit der Situation der Gefangenen verkoppelt werden darf – und schon gar nicht so mechanisch. Die Reaktion darauf war, zu sagen: Ihr habt das doch 1977 auch gemacht, als die RAF Buback, Ponto und Schleyer angegriffen bzw. entführt hat, um die Gefangenen zu befreien. Sie haben überhaupt nicht gesehen, daß das eine ganz andere Situation war. Damals wurde in einer bestimmten historischen Situation interveniert, und es wurde die Machtfrage an den Gefangenen gestellt. Wir haben vorgeschlagen, daß die befreiten Gefangenen im Ausland politisch weiter kämpfen und nicht in die BRD zurückkehren, es sei denn... Das hätte natürlich alles verändert.

Die Befreiung wäre also ein darüber hinausweisender Erfolg gewesen?

Aber absolut, *(lacht)* deswegen sind wir ja auch nicht rausgekommen. Und daß die heutige RAF das alles mit ihrer Abwicklung gleichsetzt, zeigt, daß ihre Geschichtsaufarbeitung instrumentell ist, sie reflektieren nicht, wie unterschiedlich die Situation damals und heute ist, sondern sie nehmen sich, was sie von damals brauchen können, um ihre heutige Politik zu rechtfertigen. Das finde ich unerträglich.

Nun sind in den letzten Jahren ja einige Gefangene aus der RAF freigekommen – zuletzt jetzt du. Wie bewertest du das? Wessen Erfolg ist das?

Das ist schwer, so kurz zu sagen. Bei mir ist es so, daß ich ihnen drinnen lästiger bin als draußen, weil das öffentliche Interesse zugenommen hat. Eine Zeitung wie die *Frankfurter Rundschau* hat z.B. gefragt: Wie kommt der Staat eigentlich dazu so eine Gefangene nicht freizulassen? Von dieser Frage wird abgelenkt, wenn sich weiter die juristischen Details der Entlassungsverhandlungen in der Vordergrund schieben.

Hat deine Entlassung die anderen Gefangenen ihrer Entlassung näher gebracht?

Das hängt von uns ab. Es geht um die Freiheit von allen, die noch drin sind – was das heißt, darüber will ich bald noch mal ausführlicher reden. Ich bin ein Präzedenzfall im Guten wie im Bösen. Einerseits könnte das für den Staat heißen: 23 Jahre, das ist so der Orientierungsmaßstab, andererseits ist es schon was Besonderes, daß sie mich freigelassen haben, auch weil das in Verbindung mit den Toten von Stammheim steht.

Spielt Stammheim für dich heute noch eine Rolle?

Ganz lange war es so, daß ich überhaupt nicht erwähnt worden bin, wenn es um Stammheim ging. So, als ob ich verschwunden wäre. Daß ich überlebt habe und noch gefangen bin, war bewußt ausgeklammert in der öffentlichen Rezeption.

Als Bad Kleinen gelaufen ist, hat dich das an Stammheim erinnert?

Klar. Auch da mußte ja gegen alle Fakten behauptet werden, daß Wolfgang sich selbst ermordet hat – und das hängt sicher mit Stammheim zusammen. Wenn sie diesmal nämlich zugegeben hätten, daß er von einem GSG-9-Beamten erschossen worden ist, hätte das auch für Stammheim wieder ganz neue Fragen aufgeworfen.

Was ist Provinz?

Über die Arroganz der Metropole ..... und die Schönheit der Provinz

Der fast schon arrogante Aufruf der Pariser Communarden 1871 „Möge die Provinz sich beeilen!" beinhaltet auch die Annahme, alles sei Provinz, alles, was nicht Paris ist. Doch Provinz ist vielschichtiger. Für die BerlinerInnen ist Frankfurt schon Provinz, für die FrankfurterInnen ist es Hanau, für die HanauerInnen Aschaffenburg und für die AschaffenburgerInnen Alzenau oder Miltenberg. Dort wird dann zwar akzeptiert, daß die eigene Stadt als Provinz anzusehen ist, jedoch auf Dammbach oder Rüdenau verwiesen, was ja schließlich „tiefste Provinz" sei. Provinz ist also kein fester Begriff, sondern ein sehr unterschiedliches Verhältnis und vom Wohnort des Betrachters abhängig (und da ist das Metropolen-Provinz-Verhältnis im internationalen Bereich noch gar nicht mitgedacht, denn um dieses soll es hier bewußt nicht gehen).

WARUM „PROVINZ-THEORIE"?

Das Land, die Provinz, galt nicht nur den oben genannten Pariser Communarden als Hort der Reaktion, gar der Konterrevolution. Auch Albert Herrenknecht (siehe Kasten) schreibt: „Es ist wichtig, auf dem Land zu bleiben, für dort eine Perspektive zu entwickeln, politisch auch dort präsent zu sein und kleine Alternativen aufzubauen. Dies ist wichtig, nicht nur, um die Konterrevolution zu verhindern, sondern auch, um dem politischen Gegner das Land (und das ist nun mal wörtlich zu nehmen) nicht zu überlassen". Oskar Negt führt dazu aus, daß „wir aus der Geschichte wissen, daß Revolutionen zwar in den Städten gemacht werden, aber die Konterrevolution vom Lande kommt, von der Provinz." (*Links*-Sondernummer zum SB-Pfingstkongreß 1976.)

Die Antifaschistische Aktion Passau schließlich schreibt zu diesem Thema: „Gerade in der letzten Zeit haben die FaschistInnen ihre Aktivitäten verstärkt in die Provinz verlagert, um dort möglichst ungestört Aufbauarbeit leisten zu können und um Veranstaltungen durchzuführen." (EinSatz!, September 1993)

Dies zeigt ganz offensichtlich: Ohne Einbindung auch der Provinz, ohne Beschäftigung mit ihren besonderen Gegebenheiten, ohne Antworten, wie mit diesen sinnvoll umgegangen werden kann, ist eine positive Veränderung nicht zu bekommen.

Provinz ist Kolonie im eigenen Land.

Die provinzielle Situation macht sich ja gerade dadurch bemerkbar, daß Nahverkehr, Bildungseinrichtungen, kulturelle Angebote, bestimmte qualifizierte Arbeitsplätze etc. überaus ungleich zugunsten der großen Städte verteilt sind. Daraus resultieren einige provinzspezifische Schwierigkeiten für linke Politik. Zum einen gibt es den dauernden Verlust aktiver Menschen durch Wegzug in die Metropolen zwecks Studium oder Aufnahme eines Arbeitsplatzes; dem stehen nur ganz geringfügige Zuzüge gegenüber, etwa, wenn ein linker Lehrer (so etwas soll es ab und zu noch geben) eine Stelle auf dem Land erhält. Ergebnis ist ein personelles Austrocknen linker Strukturen. Zum anderen erschweren die weiten Wege, die durch das Fehlen des öffentlichen Nahverkehrs entstehen, den Aufbau einer linken Szene, da die einzelnen (gerade jüngeren) Linken auf ihren Dörfern und in ihren Kleinstädten oft räumlich voneinander isoliert bleiben.

Die Abwesenheit von bestimmten Bildungseinrichtungen (mit den Serviceangeboten der Studierendenausschüsse etc.) und Kulturzentren macht es auch schwieriger, geeignete Räumlichkeiten und technische Strukturen zu finden, die für den Aufbau einer linken Szene von Bedeutung sind. Ein ganz einfaches Beispiel: Schon der Druck eines Flugblattes kostet in der Provinz das Mehrfache dessen, was in der Metropole mit Kopierläden etc. zu zahlen ist. Dadurch ergibt sich ein erschwerter Aufbau linker Infrastruktur in der Provinz.

In engem Zusammenhang mit dem studiums- oder berufsbedingten Wegzug aktiver Leute steht jene gerade in der Provinz so bedeutungsvolle Geisteshaltung, die ich hier mit Traditions-Konservatismus bezeichnen möchte. Mangels einer ausgeprägten linken Gegenkultur und sicher auch begünstigt durch die stärkere soziale Kontrolle (siehe unten) hält sich in den nicht-städtischen Regionen diese Grundhaltung, die mit dem alten CDU-Werbeslogan „Keine Experimente wagen!" ganz treffend umschrieben ist.

Die schon erwähnte größere soziale Kontrolle macht das Ausscheren aus dem allgemeinen Konsens sicherlich erheblich schwerer als in der Anonymität einer Metropole. Zugleich zeigt sich hier der Doppelcharakter bestimmter provinzspezifischer Bedingungen: Wer schlechter ausscheren kann, ist auch besser eingebunden. Das heißt, eine Ausgrenzung bestimmter Positionen - solange sie in provinzspezifischer Form angeboten werden - ist kaum möglich. Selbst als „Kommunisten" verschrieene Mitglieder einer Jugendinitiative wurden in einer fränkischen Kleinstadt nie wirklich ausgegrenzt, da sie über ihre Eltern („Der ist doch der Sohn von Müllers Hannes") oder ihr sonstiges Umfeld („Die war doch in der katholischen Jugend") eingebunden waren. Einen Grund zur Idealisierung dieses Umstandes gibt es aber ebensowenig wie einen, ganze Provinzen zu weißen Flecken auf der linken Landkarte zu erklären.

Ein nicht unwesentlicher Punkt der Schwäche linker Positionen und Strukturen auf dem Lande liegt in der Linken selbst, im Nachahmen des Metropolengehabes. Zu oft wird versucht, die „geilen" Aktionen der Metropolen-Linken zu imitieren. Sind diese Aktionsformen in ihrem sektiererischen Gehabe und in ihrer Rücksichtslosigkeit gegenüber der Vermittelbarkeit der Inhalte oft schon in der Stadt einfach nur unsäglich, wird dieses Gehabe in der Provinz entweder lächerlich oder dient nur der völligen Ausgrenzung der Linken.

Schwarzgewandete Demo-Blöcke mögen zwar das Bedürfnis nach radikalerer Performance befriedigen und können sicher auch für das Gruppen-Feeling enorm wichtig sein, dienen aber - gerade auf dem Land - niemals der Unkenntlichkeit (und damit der Unangreifbarkeit durch Polizei oder Nazis) der TeilnehmerInnen, werden also zur sinnentleerten Form. Denn die notwendigerweise kleinen „schwarzen Blöcke" werden hier erst zum erkennbaren Objekt des Angriffs von außen. Und daß die Vermummten nicht erkannt werden könnten, kann nur der vermuten, der die Provinz nicht kennt.

Ähnliches gilt auch für mit radikalen Phrasen gespickte Flugblätter, die auf dem Land nicht nur keine „Bürger" ansprechen, sondern nicht einmal eine linke Szene erreichen können, da es die in der großstädtischen Form gar nicht gibt.

PROVINZ - WAS TUN?

Um eine linke oder auch nur alternative Kultur in der Provinz zu erhalten bzw.

Über die linke Provinzdiskussion kann eigentlich nicht besonders viel gesagt werden. Die traditionelle Linke beschäftigte sich kaum damit. Während der Weimarer Republik trat fast nur der ehemalige SPD- und spätere KPD-Politiker Edwin Hörnle mit einem eigenen Ansatz zur „Landagitation" in Erscheinung, der aber nach dem Krieg - Hörnle wurde SED-Funktionär - in Vergessenheit geriet (siehe: *„Edwin Hörnle - ein klassischer SPD/KPD-Provinzarbeiter"*, in: *„Traum-A-Land"*, Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr. 20, Juli/August1981, ohne Autorenangabe, vermutlich aber Albert Herrenknecht).

In den siebziger und achtziger Jahren kam es zu einem kurzen Aufschwung der Provinzdiskussion, was sicher auch mit dem Aufflammen der Anti-AKW-Kämpfe zu tun hatte, die die Provinz als Ort dieser Auseinandersetzungen plötzlich interessant machte. Albert Herrenknecht schrieb sein Buch *„Provinzleben - Aufsätze zu einem politischen Neuland"* (Verlag J und Politik, Frankfurt 1977), ein *„Kursbuch"* (Nr. 39, Westberlin 1975) zum Thema Provinz erschien, in Berlin fand der „Stadt-Land-Dialog" statt. Mit dem Abflauen der Anti-AKW-Bewegung gerieten auch die Provinz-Orte wie Kalkar, Brokdorf, Grohnde, Wackersdorf etc. wieder in Vergessenheit - und mit ihnen die Erinnerung an die Notwendigkeit, sich auch mit der Provinz zu beschäftigen.

Aus den damaligen Kämpfen hat die Linke auch nicht viel gelernt. Ein ganz wesentlicher Punkt wäre doch gewesen festzuhalten, daß bestimmte Formen des Widerstands nicht ritualisiert durchgeführt werden können. Vielmehr sind diese nur unter bestimmten Gegebenheiten und bei Vorhandensein eines bestimmten Bewußtseinstandes der (provinziellen) Bevölkerung möglich und sinnvoll. Denn wie selten in der linken Geschichte war z. B. in Wackersdorf ein Konsens zwischen Bevölkerungsmehrheit und Linken zu spüren, daß zur Abhilfe der Gefahr auch direkte Militanz nötig ist. Nur dann kann diese auch politisch wie moralisch gerechtfertigt werden.

(Welche anderen Formen - vom zivilen Ungehorsam bis zur Sachbeschädigung - nötig und möglich sind, hängt eben auch immer von der konkreten Situation ab.)

Neuere Ansätze der Provinz-Diskussion, etwa bei der Antifaschistischen Aktion/ Bundesweite Organisation (Aufsätze der Antifa-Bünde und der Antifa-Aktion Passau in *„EinSätze!"*, September 1993), scheinen noch sehr unzureichend und noch zu sehr an städtischer Autonomenpolitik orientiert. Auch dieser Artikel kann nur ein erneuter Anriß des Themas sein: unvollständig, diskussionsbedürftig.

LOB DER PROVINZ-LINKEN

„Unsere Genossen auf dem Lande sind immer in der Minderheit, und man versucht, ihnen Angst zu machen:'Wenn du den Mund aufmachst, schlagen wir dir die Fresse kaputt.' Ich bewundere jeden einzelnen, der auf einem Dorf Kommunist ist, sich dazu bekennt und es durchsteht. Es gehört viel Mut dazu." *(Edwin Hörnle, 1883-1952)*

erst zu begründen, müssen demokratische Großorganisationen in die Pflicht genommen werden, um ihre Infrastruktur und ihre technischen, personellen und finanziellen Mittel einzubringen. Dazu gehört auch, eine erleichterte Förderung von Provinzprojekten durch z. B. grüne Stiftungen einzufordern und über die entsprechenden Kreisverbände an diese Stiftungen heranzutreten. Auch muß die Unterstützung von „schwachen" Regionen durch „starke", also durch Metropolen auf- bzw. ausgebaut werden. Dazu gehört auch, daß letztere den ersteren Referenten und „Kulturbeiträge" (kostenlos) zur Verfügung stellen. Die „Fördermitgliedschaft" von Metropolen-Linken bei Provinzvereinigungen scheint hier auch angezeigt, um den nötigen Kontakt der Metropole zur Provinz herzustellen, Finanzen (Beiträge, Spenden etc.) aus den besser gestellten Regionen an die Provinzen abzuführen, den Informationsfluß aufrecht zu erhalten etc.

Auf dem „flachen Land" muß schließlich versucht werden, die wenigen Gruppen und Einzelpersonen über gemeinsame Seminare, Treffen und Aktionen zu vernetzen, nach Möglichkeit auch ein von allen Gruppen und Personen getragenes Zentrum in jeder Region einzurichten, wobei die (finanzielle) Unterstützung durch „stärkere" Regionen (denkbar auch im Rahmen von „Regionalpartnerschaften") wünschenswert wäre.

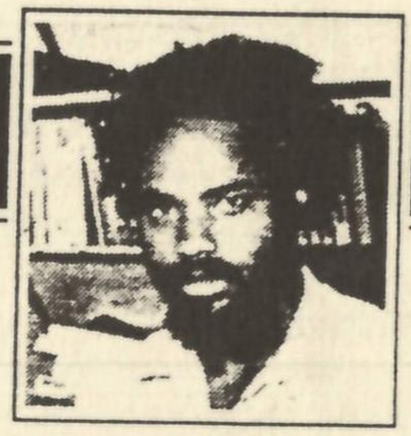
Ein weiterer Punkt könnte sein, so etwas wie ein provinzielles Regionalbewußtsein zu schaffen, indem die Geschichte der eigenen Provinz aufgearbeitet wird. Die Kämpfe, Siege und Niederlagen der „linken" Vorfahren vom Bauernkrieg bis zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus wären hier ebenso aufzuzeigen wie das Leben der „einfachen" Leute. Eine Geschichtsschreibung also, die der öffiziellen mit ihrer Abfolge Grafen, Königen und Ministern, mit ihren „ausbrechenden" Kriegen und „schicksalshaften" Zufällen etwas entgegensetzt. Dazu gehört es auch, die Geschichte der aktuellen linken Bewegungen in der Provinz selbst zu dokumentieren, um, wie Albert Herrenknecht betont, ein Gefühl dafür zu entwickeln: „Wir haben eine Geschichte!"

Und was tun gegen die Nachahmung des Metropolengehabes? Diesem gegenüber wären gerade in der Provinz Vermittelbarkeit unserer Inhalte und Bündnispolitik nicht nur nötig, sondern auch möglich, da es weniger Berührungsangst und Abschottung in den eigenen Politik- und Kulturghettos gibt, was auch für andere Gruppen (von der katholischen Jugend über Wohlfahrtsverbände bis zu Sport- und Kulturvereinen) gilt.

Es soll hier nicht behauptet werden, es gäbe dabei keine Probleme und alles sei so schön provinziell einfach. Aber, wenn es darum geht, Hegemonie zu erringen, dann geht an dem Aufgezeigten kein Weg vorbei. Die Möglichkeiten linker Politik liegen irgendwo zwischen Bündnispolitik und dem Achten auf Vermittelbarkeit einerseits und dem Festhalten an eigenen Positionen sowie dem Nichtvereinnahmenlassen andererseits, was zwar nicht nur für die Provinz gilt, hier aber nochmal verschärft zutrifft.

Die abgedruckte Rede Mumia Abu-Jamals wurde von seinem Anwalt Len Weinglass auf einer Solidaritätsveranstaltung für die gefangenen Antifaschisten von Antifa Gençlik an der Berliner Humboldt-Uni am Abend des ersten Prozeßtages verlesen.

Aus der Todeszelle: Hier spricht Mumia Abu-Jamal



On the Move

Das Prinzip, das im Gerichtssaal unter Beschuß steht, wo der Prozeß gegen die sieben türkischen, kurdischen und deutschen Antifaschisten stattfindet, ist weder Recht noch Gerechtigkeit – es ist das Prinzip des Widerstands.

Solidaritätserklärung zu Antifa Gençlik

Es paßt zusammen, daß dieser Prozeß in Deutschland geschieht, denn welchen besseren Ort gibt es dafür als das Land des Nazi-Staatsterrorismus, als anhaltende Demonstration des „Staates über alles"?

Welches bessere Beispiel dafür, was passiert, wenn dem allmächtigen Staat kein Widerstand entgegengesetzt wird?

Menschen auf dem ganzen Planeten wissen über die Schrecken des europäischen Holocaust, aber wie viele Leute wissen, daß das gleiche Ereignis, wie bösartig es auch war, vollständig *legal* war – das Ergebnis eines perversen rassistischen Gesetzes? Oder daß viele der gleichen Richter, die den deutschen Blutgerichten vorstanden – den sogenannten „Volksgerichtshöfen" –, heute staatliche Renten für ihre „Dienste" kassieren?

Heute haben wir die Stadt Hanover in Pennsylvania, wo die Bullen schwarze Bürger dazu trieben, aus ihren Wohnungen „abzuhauen"; in Großdeutschland werden türkische Frauen und Kinder in ihren eigenen Häusern in Flammen gesetzt, Gastarbeiter – nicht länger willkommen im „neuen" Deutschland.

Wie die Menschen Deutschlands darin versagten, sich dem Naziregime zu widersetzen, so müssen wir aus ihrem fatalen Fehler lernen und dem Staat jetzt widerstehen, wenn wir das Geschenk des Lebens in uns schätzen.

Der Revolutionär und Gründer der MOVE-Organisation John Africa sagte einmal: „Es ist verrückt, sich nicht gegen etwas zu wehren, das nichts als Schmerzen für dich, deine Familie und dein Volk bringt!" Ich rufe euch also alle auf – leistet Widerstand! Leistet Widerstand gegen das System! Baut die Rebellion auf! On the Move!

Aus der Todeszelle – Mumia Abu-Jamal

FRAUEN, MEDIEN UND REPRESSION IN EX-JUGOSLAWIEN

Zur Veranstaltung am Mi. 14.12. 1994 in Oldenburg im Saal der Arbeitslosenselbsthilfe

Zu dieser Veranstaltung hatten Gruppen wie Wildwasser, Frauenhaus, Medienbüro Oldenburg, Initiative für offene Grenzen/gegen Abschiebung und Sondergesetze u.a. eingeladen.
Referentin war Drazena Peranic aus Sarajewo, die seit 1983 als Journalistin arbeitet.
Zur Zeit ist sie für AIM(Alternativa Informativa Mrcza) tätig, einem Zusammenschluß von Journalist/inn/en zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten aus Ex-Jugoslawien und arbeitet zu Themen wie der politischen Situation in Bosnien-Herzegowina und Frauen und Menschenrechte. Als alleinerziehende Mutter mußte sie nach Beginn des Krieges Sarajewo verlassen und lebt nun in Zagreb.
Drazena Peranic sprach zunächst über die Situation der Medien in ExJugoslawien und deren Rolle im Entstehen des Nationalismus.
Viele Menschen in Ex-Jugoslawien wollen keine Diktatur und keinen Nationalismus. Aber wenn sie sich gegen die herrschende Regierungsmeinung stellen, werden sie zu Feinden erklärt.
Bei der Bildung der Nationalstaaten haben die Medien eine große Rolle gespielt. Diese sind in allen nachkommunistischen Staaten weitgehend in Hand der Regierung und so sind die Journalist/inn/en gezwungen, regierungstreu zu schreiben.
Die Zeitungen worden z.B. durch Zahlungsaufforderungen von 70% ihrer Gewinne an die Regierung und durch überhöhte Druckpreise vom Staat abhängig gemacht.
In Sarajewo gibt es zwar eine unabhängige Wochenzeitung, diese kann aber aufgrund von fehlendem Papier nur alle 2-3 Monate erscheinen.Unabhängige Radiostationen werden mithilfe des Strommangels kontrolliert: die Regierung entscheidet, wann es Strom zum Senden gibt! Dennoch ist z.B. das unabhängige Radio in Sarajewo, wenn es Strom zum Senden hat, bei den Menschen sehr beliebt, weil von dort die verläßlichsten Informationen kommen.
In Tuslar, einer kleineren Stadt als Sarajewo, gibt es sogar drei unabhängige Radios und zwei Zeitungen. Die äußere Situation ist dort besser, weil es mehr Strom gibt und die Stadt nicht eingeschlossen ist. Der unabhängige Journalist/inn/en-Verband, bei dem Drazena Peranic arbeitet, hat Büros in allen Hauptstädten Ex-Jugoslawiens. Die Texte, die dort verfaßt werden, können nur in unabhängigen Medien veröffentlicht werden. Sie werden als indirekte Unterstützung der unabhängigen Medien kostenlos weitergegeben. Die Journalist/inn/en erhalten einen geringen Lohn für die Texte, z.T. finanziert durch Spenden europäischer Netzwerke.
Die Journalist/inn/en der unabhängigen Medien in Ex-Jugoslawien können sich legal nur an der Grenze (in der Nähe von Österreich) treffen, da es ihnen nicht möglich ist, von einem Zentrum zum anderen (Kroatien-Bosnien-Serbien) zu reisen.
Drazena Peranic sprach dann noch von der Situation der Frauen in Ex-Jugoslawien.
In der Kriegssituation in Sarajewo war es sehr erwünscht, daß auch Frauen über den Krieg berichteten, wenn sie dies taten, um zu zeigen, daß auch die Frauen ihr Land verteidigen wollen. Nun, nachdem der Krieg zumindest in Kroatien und Bosnien abgeflaut ist, sollen sich die Frauen wieder mit ihrer Rolle als Hausfrau und Gebärmaschine begnügen. Fünf Frauen in Zagreb, die gegen diese Reduzierung ihrer Person anschrieben, wurden in der Öffentlichkeit als Hexen bezeichnet und es gab die Forderung nach ihrer Verbrennung. Daraufhin gingen vier von ihnen ins Ausland.
Allgemein gibt es heute kaum noch Journalistinnen (vor allem nicht in leitenden Stellungen) und auch selten Texte über Frauen.
Interessent waren die Frauen auch, wenn sie von serbischen Aggressoren vergewaltigt worden waren. Allerdings lag das Interesse bei der „vergewaltigten Nation", nicht bei den einzelnen vergewaltigten Frauen! Die Frauen wurden zum Kampf der Nationen untereinander benutzt - die bosnische Nation wurde durch die Vergewaltigungen beschämt, nicht die einzelnen Frauen!
Es gibt mehrere Frauenorganisationen, die den einzelnen Frauen helfen, aber inzwischen kaum noch Berichte in den öffentlichen Medien über Vergewaltigungen, die leider nach wie vor stattfinden.
Die Frauenorganisationen in Ex-Jugoslawien befassen sich vorrangig mit humanitärer Hilfe, da die meisten Frauen vor allem ums Überleben kämpfen und momentan wenig Zeit und Kraft für andere Gedanken haben. Drazena Peranic ist der Meinung, daß die Frauenorganisationen nach dem Krieg wieder verschwinden und die Frauen still und leise an ihren Herd zurückkehren. Dazu ergänzte eine Teilnehmerin der Veranstaltung, daß es auch Frauenorganisationen mit dezidiert feministischem Ansatz gäbe (z.B. die „Frauen in Schwarz" in Belgrad) und es von daher glücklicherweise nicht so eindeutig sei, daß sich alle Frauenorganisationen nach dem Krieg auflösten.
In der anschließenden Diskussion wurden dann noch Fragen wie die Rolle der UN-Soldaten in Ex-Jugoslawien, die Situation der Flüchtlinge und die (geringen) Unterschiede in der Situation für die oppostionellen Medien in den drei Nationalstaaten angerissen.
Abschließend muß ich sagen, daß ich mir von der Veranstaltung mehr versprochen hatte im Hinblick auf Berichte über die linke und frauenbewegte Opposition in Ex-Jugoslawien und über die Repression, die diesen und Frauen allgemein dort täglich widerfahren.
Außerdem halte ich es für notwendig, angesichts der offiziellen Berichterstattung über den Krieg in Ex-Jugoslawien, die von den Regierungsinteressen des Landes, aus dem gerade Journalist/inn/en in Kroatien,Bosnien und Serbien sind, geprägt ist (z.B. dem Interesse der BRD-Regierung, ihren Machtraum auch wieder im Osten auszudehnen), dazu ein Gegengewicht aus Sicht vor allem der betroffenen Opposition in Ex-Jugoslawien zu schaffen. Auch dazu hat die Veranstaltung meines Erachtens nur einen ungenügenden Beitrag geleistet.

Unter dem Titel: „Wilder Westen" im Osten? Was will der Westen im Osten? Deutscher und anderer Imperialismus in (Süd)-Ost-Europa werden im Januar und Februar 1995 noch folgende Veranstaltungen zur Osteuropa-Politik stattfinden:

1) Der Osten wird deutsch - Deutsche Minderheitenpolitik in Osteuropa mit Sabine Roisch Di. 17.1. 19.30 im Alhambra
2) Die Politik der Vertriebenenverbände und die Funktion des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte in Oldenburg mit Yasmin Khan Mo. 23.1. 20.30 Alhambra
3) Serbien. muß sterbien - Zur Geschichte des deutschen Imperialismus auf dem Balkan mit Klaus Thörner Mi. 8.2. 20.00 ALSO, Kaiserstr.
4) Abzocken,Abschotten,Abschieben - Deutsche Politik gegen Flüchtlinge in Ost-Europa mit Ulla Jelpke Mi. 1.2. 19.30 ALSO

Kurdistan • aktuell • Hintergrund • Einschätzung

Chronologie deutsch-türkischer Kriegsführung

Am 26.11.93 wurde das als "PKK-Verbot" bekannt gewordene Verbot gegen zahlreiche legale, kurdische Organisationen in der BRD vollstreckt. Ein Jahr danach lassen BRD und TR nicht den leisesten Zweifel an ihrem gemeinsamen Interesse der Zerschlagung des kurdischen Befreiungskampfes aufkommen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß es nach wie vor auch unterschiedliche Interessenslagen gibt.

Am **10.11.94** schickte der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, einen Brief an zahlreiche Regierungschefs und internationale Organisationen, um im Hinblick auf den KSZE-Gipfel in Budapest die Bereitschaft der kurdischen Seite zu Verhandlungen erneut zu bekräftigen. Während auch diese Initiative von der BRD schlichtweg ignoriert wurde, beschloß der Deutsch-Türkische Wirtschaftskooperationsrat am **11.11.** in Istanbul, die TR für 1995 zum Tourismusland Nr.1 zu erklären.

Am **19.11.** stellte die BRD ihr offizielles Auslieferungsersuchen des Europasprechers der ERNK, Kani Yilmaz, an Großbritannien. U.a. an diesem Auslieferungsersuchen zeichnen sich die Bestrebungen ab, einen Nachfolgeprozeß für das Düsseldorfer Verfahren vorzubereiten.

Ab dem **23.11.**, pünktlich zum Jahrestag der Verbote, hielt sich der türk. Außenminister in Bonn auf. Im Hinblick auf den EU-Gipfel in Essen am 10.12. ging es u.a. um die Frage der Zollunion der TR mit Europa. Wie ein Gastgeschenk an den Folterstaat Türkei erscheinen da die erneute Durchsuchung und Beschlagnahmungen bei der kurdischen Nachrichtenagentur Kurd-A in Düsseldorf (ihre Vorgängerin Kurd-HA war letztes Jahr ebenfalls verboten worden). Begründet wurde die Aktion mit dem Verdacht der Zuwiderhandlung gegen eben jenes Verbot.

Am **03.12.** fanden zeitgleich mehrere Bombenattentate auf Einrichtungen der Zeitung *Özgür Gündem* statt. Betroffen waren die zentralen Redaktionen in Ankara und Istanbul und die Verlagsräume in Istanbul. In Istanbul starb ein Redaktionsmitglied, 19 wurden z.T. schwer verletzt und 14 wurden bei den Löscharbeiten verhaftet. Allein Umfang und Organisation der Anschläge, aber auch das politische Motiv lassen keinen Zweifel, daß der türkische Staat selbst der Urheber ist. Die Bomben explodierten einen Tag nachdem auf der ersten Seite über die Tätigkeiten von General Dogan Beyazit (heute Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, früher Chef des "Amtes für besondere Operationen") berichtet wurde. Sie fallen in die Zeit vor dem KSZE-Gipfel, der Verurteilung der DEP-Abgeordneten und einer erneuten Friedensinitiative der PKK.

Am **08.12.** wurden acht Mitglieder der DEP-Partei zu Haftstrafen verurteilt: Hatip Dicle, Orhan Dogan, Selim Sadak, Ahmet Turk und Leyla Zana zu 15 Jahren, Serhat Yurttas zu 7,5 Jahren und Mahmut Allinak und Sirri Sakik zu 3,5 Jahren. Bereits am 25.05.92 berichtete Serhat Yurttas im BIS-Vortragsaal der Uni Oldenburg, damals als HEP-Abgeordneter aus Diyarbakir, von dem Versuch der TR, die Immunität der Abgeordneten der HEP aufzuheben, um sie nach §125 zu verurteilen. Das Ausmaß des oft als relativ milde bezeichneten Urteils wurde hier nie genannt. Das Strafmaß über 3 Jahre bedeutet "schwere Strafe" und dies zugleich den Entzug der Rechtsfähigkeit: auf Lebzeiten kein aktives und passives Wahlrecht mehr, kein Recht mehr einem Verein beizutreten, Entlassung aus dem Staatsdienst, kein Reisepaß, keinerlei Rechte gegenüber den eigenen Kindern, mit anderen Worten eine Entmündigung auf Lebzeit.

Wie blanker Hohn wirken da die Bekundungen von Bestürzung seitens einiger Regierungsvertreter, wenn am gleichen Tag in drei Bundesländern großangelegte Razzien bei kurdischen Vereinen, deutsch-kurdischen Freundschaftsvereinen und angeblichen "SympatisantInnen" durchgeführt werden. Nach ersten Berichten waren 76 Wohnungen und Vereinsräume in Baden-Württemberg, Hessen und Bayern betroffen. 26 Personen sollen vorläufig festgenommen worden sein. Allein in Nürnberg fanden 11 Durchsuchungen statt und die Räume des neugegründeten Vereins wurden bis auf da Mobiliar leergeräumt (der alte Verein hatte gerade einen Monat vorher seine Sachen von der letztjährlichen Razzia zurückbekommen). Nach der Aufhebeung der Vereinsverbote durch das Bundesverwaltungsgericht, zielen die jetzigen Razzien darauf ab, erneute Verbote auszusprechen, die nicht mehr die "alten Schwächen" haben. Diese Politik wird von Landesregierungen mit CSU- bis Grünen-Beteiligung betrieben. Die publizistische Vorarbeit lieferten mal wieder *Focus* und *Die Welt*, die wenige Tage vorher mit einer Kampagne gegen kurdische Organisationen und die Solidaritätsbewegung herauskamen.

Özgür Ülke

Die Zeitung *Özgür Ülke* hat zweifelsohne eine enorme Bedeutung für die Aufrechterhaltung eines Nachrichtenflusses aus den Kriegsbebieten und der Türkei. Unstrittig ist auch, daß ihre Arbeitsbedingungen nicht denen einer Tageszeitung in der BRD entsprechen können. Viele MitarbeiterInnen und KorrespondentInnen sind junge Leute, die der politischen Bedeutung wegen ihr Leben für die Informationsermittlung und -weitergabe einsetzen.

Ungeachtet dessen erschien in den Ausgaben vom 28. und 29.August 1994 ein Fortsetzungsartikel, in dem nach bisheriger Kenntnis antisemitische Propaganda betrieben wurde. Dieser Artikel wurde in einigen bundesdeutschen, linken Zeitungen rezensiert, in denen sich allerdings kein Hinweis auf irgendwelche Stellungnahmen von *Özgür Ülke* zu einer berechtigten Verurteilung des Inhalts findet. Bis zum nächsten Programm wollen wir nun den Original-Artikel besorgen, selbst übersetzen lassen und anschließend mit Vertretern von *Özgür Ülke* Kontakt aufnehmen. Über das Ergebnis werden wir dann berichten.

Anton, AK "Keinen Fußbreit den FaschistInnen"

SPENDENKAMPAGNE zum Wiederaufbau von *ÖZGÜR ÜLKE*

Nach den Bombenanschlägen am 3.Dezember erschien bereits am 5. Dezember wieder eine Ausgabe von *Özgür Ülke*, die nur deshalb entstehen konnte, weil sich zahlreiche kleine Verlage und Zeitungen bereit erklärt haben, ihre Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich kann dies keine Dauerlösung sein, sondern es müssen Mittel gesammelt werden, damit *Özgür Ülke* sich eine neue Infrastruktur aufbauen kann. Die ungleich schwierigere Aufgabe tragen sowieso nicht wir, sondern die RedakteurInnen, die unter diesen Umständen nicht aufgeben sondern weiterarbeiten.

Spenden an: **Medico International**, Stichwort: **"Özgür Ülke"**
Frankfurter Sparkasse, Kontonr. 1800, BLZ 500 502 01
Postgiroamt Köln, Kontonr. 6999-508, BLZ 370 100 50

Folgenden Artikel haben wir aus dem DIABOLO(Jan.95) geklaut:

0-664

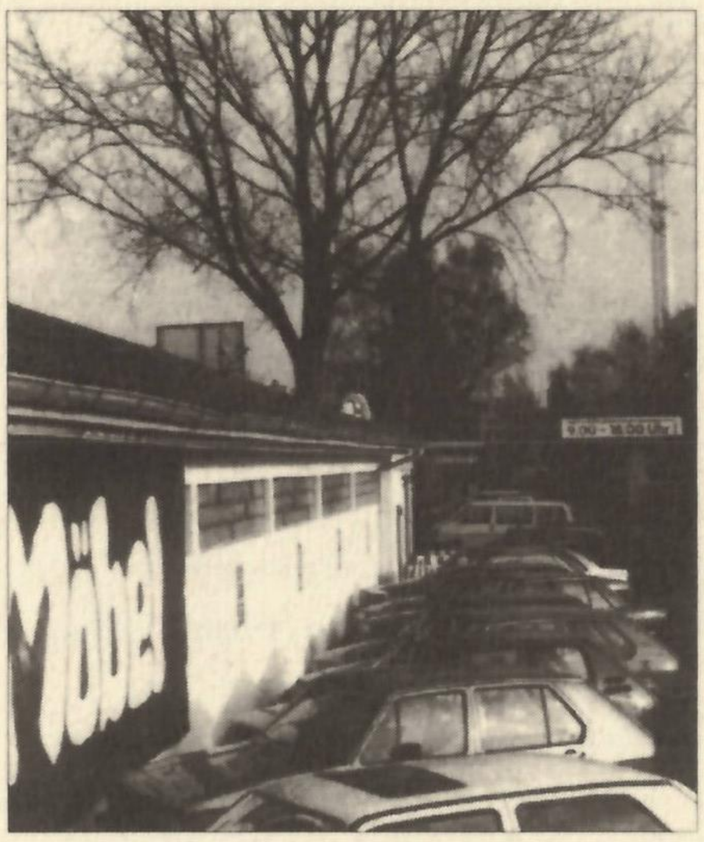
Wenn sie den Begriff "Aktions- und Kommunikationszentrum" hören, dann wird es einigen Oldenburger Verwaltungsbeamten und Politikern ganz anders. Fällt dieses Wort, dann dreht es sich in Oldenburg um das Alhambra. Der Bebauungsplan 0-664, der Struktur in das Gebiet um Maco-Möbel in Osternburg bringen soll, gefährdet nun den weiteren Bestand dieses Traditionszentrums.

„Das Alhambra genießt Bestandsschutz bis in alle Ewigkeit", dieser Ausspruch von Bauausschußmitglied Michael Thielemeyer (Die Grünen) soll die Gemüter der Alhambra-Leute beschwichtigen, doch weit gefehlt. Ausgewiesen werden die Flächen rund um Maco im Bebauungsplan O-664 als „Sondergebiet für großflächige Handelsbetriebe", um den Betrieb nicht weiterhin unkontrolliert expandieren zu lassen. Doch gleichzeitig überplant wird auch das Alhambra, ohne besonders berücksichtigt zu werden. Das reicht den Aktiven im Veranstaltungszentrum nicht.

Was hat es konkret mit dem Bestandsschutz auf sich? Auch wenn die Nutzungsform des Alhambras nicht direkt im vorläufigen Bebauungsplan vorgesehen ist, darf es in seiner jetzigen Form und Nutzung in dem Gebäude am Fuße der Amalienbrücke bestehen bleiben - bis in alle Ewigkeit. Doch was, wenn es mal wieder ein kleines Feuer gibt oder ein Lkw versehentlich die Kurve nicht bekommt und erst im Innern des Treffs zum stehen kommt? Dann kann schon alles vorbei sein, denn der Bestandsschutz entfällt in solchen Situationen. Ein Wiederaufbau wäre bedingt möglich, ein Aktions- und Kommunikationszentrum jedoch in Frage gestellt.

Helmut Hoppe, Bauausschußmitglied der SPD versucht zu beruhigen: „Ich sehe für das Alhambra keine Dramatik. Sollte dem Alhambra etwas passieren, dann kann es im Rahmen des Bebauungsplans wieder aufgebaut werden." „Im Rahmen" bedeutet es muß an dieser Stelle ein zwei- bis viergeschossiges Gebäude errichtet werden, was das Alhambra zur Zeit nicht ist. Folglich müßte das Zentrum auf jeden Fall umgebaut werden, denn die Halle gilt als eingeschossig und bräuchte mindestens eine Galerie, um als zweigeschossig durchzugehen. Und ob die Betreiber in der jetzigen Form dann weitermachen dürften, hängt vom guten Willen der Verwaltung ab.

Geht es nach dem Geschäftsführer und alleinigen Besitzer von Maco, Rolf Rabe, dann gehörten ihm längst alle im Bebauungsplan ausgewiesenen Flächen. Doch das Alhambra und zwei weitere Firmen in dem Gebiet Nordstraße/Emsstraße haben dem Geschäftsmann eine Absage erteilt. Der schien sich damit auch zufrieden zu geben: „Das Alhambra bleibt auf



Geplant ist auch ein Parkhaus mit weit über 500 Stellplätzen, gegen das der Bauausschuß keine Bedenken hatte.

jeden Fall bestehen. Die wollen hier bestehen und wir auch." Eine nette Geste, die rechtlich auch abgesichert ist, denn das Alhambra genießt ja bekanntlich Bestandsschutz bis in alle Ewigkeit - bis dann irgend etwas passiert. Und genau dann, so glauben die Betroffenen, wird Maco den Zuschlag erhalten.

Rolf Rabe ist -wie das Alhambra- nicht ganz mit dem Plan zufrieden. Er möchte unbedingt seinen 500 Quadratmeter großen Lebensmittelmarkt durchsetzen. Der würde sicher in erhöhtem Maße Kunden zu Maco locken, wurde jedoch im Bauausschuß abgelehnt. Geplant ist auch ein Parkhaus mit weit über 500 Stellplätzen, gegen das der Bauausschuß keine Bedenken hatte. Rabe sucht bereits einen privaten Investor. Die Flächen sollen auch Besucher der Innenstadt nutzen können. Nach dem Parkhausflop in der Burgstraße hat die Stadt nun doch noch die Chance auf ein weiteres Parkhaus für das Zentrum Oldenburgs. Doch muß sich die Kommune dann auch ein neues Verkehrskonzept für Osternburg ausdenken, denn zu Hauptverkehrszeiten gibt es dort bereits ohne Parkhaus regelmäßig Verkehrsstauungen.

Die Stadt sieht keinen Bedarf, dem Alhambra eine konkrete Aussage zum weiteren Bestand zu geben. Einem Zentrum das für die Stadtkultur erhebliche Beiträge leistet, etwa Schwulen und Lesben die Möglichkeit gibt, nach außen zu treten und sich dabei auch noch selber finanziert. Die Nutzer des Alhambras bestehen jedoch auf eine verbindliche Zusage. Sie haben Alternativvorschläge zum Bebauungsplan gemacht, damit ihr Haus gesondert berücksichtigt wird und eine langfristige Existenzgrundlage erhält. Sie fordern unter anderem, das Alhambra aus dem Sondergebiet auszusparen. Bisher fanden die Ideen bei Verwaltung und Bauausschuß keinen Anklang. „Wenn der Plan durch den Rat geht und wir nicht berücksichtigt werden, dann bleibt uns nur noch der Rechtsweg", so die Nutzer. Sollte es nach einem Unfall zu einem Wiederaufbau und einer weiteren Nutzung kommen, so fiele auf jeden Fall der Vorbau, rechts vom Alhambra-Eingang weg. Denn durch diesen Vorbau führt die südliche Baugrenze, parallel der Hermannstraße. Ein Antrag von Thielemeyer im Bauausschuß, die Baugrenze um zweieinhalb Meter zu verschieben wurde mit zehn-zu-eins Stimmen abgelehnt. Alles natürlich aus städtebaulichen Gründen.

Jetzt liegt der Bebauungsplan erst einmal wieder aus. Anwohner und somit auch die Alhambra-Vertreter haben nochmals die Möglichkeit, ihre Bedenken zu äußern. In welcher Form der Bebauungsplan O-664 (von vielen bereits „Lex Rabe" genannt) am Ende verabschiedet wird, ist also noch offen. Maco wird auf jeden Fall weiter expandieren dürfen. Und das Alhambra? Es wird weiter um eine sichere Zukunft kämpfen.

Daniel Delhaes

Ein lang ersehnter Bericht

Eine heisse Diskussion lief vor kurzer Zeit in den Gemäuern vom Alhambra
Die T.O.O. ist in die Kritik von den hier tätigen Menschen geraten,warum?
Es gibt die T.O.O. etwa seit Mai'94,was nicht heißen muß,daß sie somit als die perfekt organisierte Gruppe im Bild der Menschen stehen muß.Ich denke mal hier ist der Ansatz. Da wir nicht perfekkt waren und sind kann keine/r von uns verlangen das wir Verantwortlich sind über all das was hier als Tierrecht propagandiert wurde.
Es gab Leute(die sich als Schutz für sich zur T.O.O. zählten)die dann ,wohl in ihrer tiefen pupertären Phase steckend, irgendwelche Sprüche an die Wand malten und somit war die T.O.O. mal wieder verantwortlich.(Die Leute haben wohl mittlerweile ihre Pupertät durchlebt).Die Sprüche sprachen wohl für die Tierrechtsszene,aber in diesem Fall nicht für die T.O.O. . Da liegt das Problem,denn diese "Szene" hat keine ,für alle geltende feste Ideologie und so werden alle Tierrechtsgruppen als die "Szene" bezeichnet und in ihrer Meinung gleichgestellt,so auch diverse Schriften,die wohl der Hauptstreitpunkt hier waren und so die Menschen hier ihre Argumentationskette an diesem Beispiel klar machten, was wohl umsonst war,denn wir haben uns nicht damit identifizierten können.,aber die Diskussion na klar allgemein weitergeführt werden sollte und nicht an die T.O.O.

Mittlerweile sind wir an den Punkt angekommen,wo wir uns fragen müßen ob wir mit diesen vermeintlichen TierrechtlerInnen,die sich am liebsten damit beschäftigen irgendwelche üblen und über den Grenzen der Provokation hinauslaufenden Texten über die Antifa zu schreiben um somit eine völlig überflüssige,dann doch nötige Diskussion zu führen ob Antifas,die sich nicht für Tierrechte einsetzen oder nicht Vegan sind und aufgrund ihres nicht-Vegan-seins rassistische oder faschistisches Gedankengut in sich tragen.
Die selbe Frage stellt sich dann zwangsweise wohl auch umgekehrt.
Warum bitte beschimpfen wir uns gegenseitig als faschistische Trottel ,wo wir doch denselben als Feind haben und gemeinsam gegen ihnen und nicht gegen uns kämpfen!!!!!!!!!!!!!
Wir haben einfach kein Bock mehr uns mit so ner Scheiße auseinandersetzen zu müßen,sie ist völliig überflüssig und gefährlich.

Manchmal stellt sich mir die Frage dann auch ob es nur eine üble Provokation ist,ich kann doch nie soweit denken das AntifaschistInnen,die jahrelang gegen Faschismus gekämpft haben zu genau dem geworden sind was sie bekämpfen,da kann doch wirklich irgendwas nicht stimmen.
Dadurch haben wir auch gelernt das nicht alle TierrechtlerInnen sind was sie vorgeben

Vielleicht ist dies ein Beitrag zur besseren Verständlichkeit,ich hoffe es.

KÄMFEN WIR GEMEINSAM GEGEN DAS MORDSIMPERIUM!!!!!!!!!!

A. von der T.O.O.

DOKUMENTATION

(Hannover)

Wir haben gerade - 17.12. - in den 4. Advent hineingefeiert und haben dabei ein Lichtlein ganz besonderer Art angezündet. Bei der Mercedes-Benz Filiale in der Podbielskiestr. unter eben solchem Auto war es nicht schwer, einen Brandsatz hinzulegen und wegzuhasten. Der Rüstungskonzern hat sich unter anderem mit seinen Waffenlieferungen z.B. in die Türkei bei uns ziemlich unbeliebt gemacht.
Desweiteren wollen wir auf diesem Weg den BewohnerInnen des Hüttendorfs Anatopia einen kleinen Weihnachtsgruß senden, auf daß ihnen warm und wohlig wird.
Nachdem Mercedes-Benz das Land für die geplante Teststrecke vom Land Niedersachsen gekauft hat steht bald Tag Y bevor -

Tag Y ist der Tag der Räumung Anatopias.
Seid wachsam und vorbereitet.
Solidarität muß praktisch werden.

Die eiligen drei KönigInnen

Unbekannte zünden zwei Autos an

Auf dem Gelände einer Autofirma an der Podbielskistraße sind in der Nacht zum Sonntag zwei Fahrzeuge in Flammen aufgegangen und völlig ausgebrannt. Gegen 4 Uhr hatten Anwohner die Brände bemerkt und die Feuerwehr alarmiert. Als die Löschmannschaften eintrafen, brannten ein Mercedes und ein BMW lichterloh. Wenig später stellte die Polizei fest, daß die Fahrzeuge vermutlich mit Hilfe von Benzin oder Petroleum angezündet worden waren. Der Schaden wird mit rund 100 000 Mark angegeben. -ll-

Lesbisch-schwuler Christopher-Street-Day 1995 im Nordwesten

Alle lesbischen und schwulen Gruppen, Vereine und UnternehmerInnen aus der Region sind eingeladen, sich an der Vorbereitung und Durchführung des CSD Nordwest 1995 zu beteiligen. Die AusrichterInnen wünschen sich, daß sich das lesbische und schwule Leben in seiner ganzen Bandbreite während des CSD zeigt.
Nachdem die CSD´s für Bremen und die Weser-Ems-Region in den letzten Jahren unter geringer Beteiligung und internen Auseinandersetzungen litten, haben sich jetzt eine Vielzahl lesbischer und schwuler Gruppen, Vereine und UnternehmerInnen aus der Region (u.a. RAT & TAT-Zentrum/Bremen; NA UND/ Oldenburg; Lesben- und Schwulengruppe Emden) dazu entschlossen, den CSD 1995 für die Region Weser-Ems gemeinsam auszurichten.
Beginnend mit der Pink Party am 9. Juni 1995 in Bremen wird der CSD seinen Höhepunkt am 24. Juni 1995 in der Abschlußveranstaltung mit Parade/Demonstration, anschließendem Straßenfest und nächtlicher ROSA DISCO in Oldenburg finden - gewissermaßen als schwul-lesbisches Geschenk an Oldenburg zu dessen 650. Geburtstag. Die beiden Wochen vom 9. bis zum 24. Juni 1995 werden mit vielen Veranstaltungen politischer, kultureller, sportlicher und sonstiger Art in den Städten der Region ausgefüllt. Neben dem Demonstrieren lesbischer und schwuler Lebensfreude können sich alle mit ihren eigenen politischen Inhalten einbringen. Dabei wenden sich die AusrichterInnen entschieden gegen Diskriminierung, Ausgrenzung, Neofaschismus und Sexismus.
Weitere Informationen zum CSD Nordwest 1995 gibt es bei NA UND e.V., Postfach 34 08, 26028 Oldenburg, Tel. 0441/777 59 23, Fax 0441/7 64 78
Nächste CSD-Vorbereitungstreffen: 10.01., 14.02., 14.03, jeweils um 20.00 Uhr im NA UND-Zentrum, Ziegelhofstr. 83 in Oldenburg

DOKUMENTATION

in der nacht vom 11.12. zum 12.12.94 haben wir in bremen unter einen mercedes der s-klasse einen brandsatz gezündet.

dieser brandanschlag hat für uns einen symbolischen wert. uns geht es nicht um sinnlose gewalt, sondern darum aufzuzeigen, daß wir unsere kritik und inhalte öffentlich machen, auch wenn diese durch das gesetz verboten und die presse verschwiegen werden. die zerstörung staatlicher und wirtschaftlicher werte und symbole bedeutet für uns notwehr.
mercedes ist ein tragendes und gefährliches gesellschaftliches symbol für weitere ausbeutung der erde (pflanzen, tiere, menschen), sexismus, rassismus, entfremdung, konsum und prestige...
als solches forciert die konzernspitze von daimler-benz (neben den 40 anderen größten europäischen konzernen) im european round table of industrialists grundlegende politische entscheidungen und entwicklungen.
als größter rüstungsproduzent deutschlands befindet sich daimler-benz schon seit langem unter den führenden Rüstungsexporteuren der welt und ist so (mit-)verantwortlich für das morden in somalia, kurdistan...
im 2.weltkrieg stieg daimler-benz durch massiven mißbrauch von menschen zur zwangsarbeit in der waffenproduktion zum konzern auf.
er ist jetzt der größte konzern deutschlands mit einem umsatz von über 100 milliarden dm pro jahr. daimler-benz gehört der deutschen bank, was eine erschreckende macht-, finanz-,und wirtschaftskonzentration bedeutet, die z.b.in dem plan zum bau der teststrecke im papenburger moor zum ausdruck kommt.

zeigt solidarität mit dem hüttendorf anatopia, das jetzt akut räumungsbedroht ist.
verteidigt aktiv räume selbstbestimmten lebens !
wir schließen uns dem motto an : advent advent ein daimler brennt
erst 1 dann 2 dann 3 dann...(!?!?!!!)
bleibt ungehorsam !
gegen das Gipfeltreffen in essen
kein europa der vaterländer, gar keine vaterländer
viel spaß zum 4. advent
d.rachenfeuer unterstützerinnen des widerstandes gegen mercedes

DOKUMENTATION

SEIT JAHREN NERVT DIE NWZ - JETZT NERVEN WIR ZURÜCK !!!

Die NWZ ist die Tageszeitung von Oldenburg und der Weser-Ems-Region.
Sie hat in der Region eine Monopolstellung inne. Da sie neben der BILD die auflagenstärkste Zeitung ist, hat sie die Macht, ihre LeserInnen falsch zu informieren und zu manipulieren.
Trotzdem ist sie eine ganz normale Zeitung, aber was normal ist, bestimmen die HERRschenden in diesem Land und überall.

So ist es normal, daß KurdInnen kriminalisiert und als SchutzgelderpresserInnen oder MörderInnen an abtrünnigen GenossInnen in der NWZ diffamiert werden, damit u.a. die Waffenlieferungen an die Türkei ungehindert fortgesetzt werden können.
So ist es normal, daß aus über 3000 DemonstrantInnen gegen den EU-Gipfel in Essen, gegen eine Festung Europa mit deutscher Vormachtstellung, in der NWZ "zwei Dutzend Grüppchen von links-alternativ bis links-radikal, die den Euro-Gipfel mißbrauchen wollen" werden, und die über 1000 Festnahmen - die größte Massenverhaftung der Nachkriegsgeschichte - mal wieder einfach ignoriert werden.
So ist es normal, daß der Angriff auf die faschistische "Junge Freiheit" in der NWZ als Angriff auf die Pressefreiheit bejammert und die "Junge Freiheit" selbst als "rechtskonservativ" dargestellt wird.
Die NWZ ignoriert oder verfälscht jede Form von linker Politik und Widerstand und verkauft sich dabei als unabhängige und überparteiliche Presse.
Auf der anderen Seite können die Bullen, die Justiz und die Stadtverwaltung jederzeit mit guter Zusammenarbeit rechnen. NWZ-Journalisten werden von den Bullen vor Aktionen informiert und sind damit auch oft die einzigen Pressevertreter vor Ort, wodurch ihre Monopolstellung weiter gefestigt wird.
Wir finden das alles nicht normal, deshalb haben wir in der Nacht vom 25. auf den 26.12.94 ein Auslieferungsfahrzeug der NWZ angekokelt.

Glaubt den Lügen der HERRschenden nicht!
Gegen die alltägliche Medienhetze!
Gegen die Kriminalisierung linker Medien!
Feuer und Flamme für jeden Staat un jede Form von HERRschaft!
Widerstand auf allen Ebenen!

Mit revolutionären Grüßen

Die Scheinheiligen

Täglich links:

junge Welt

Die Tageszeitung

Jetzt im Test-Abo:
Die ganz neue Art Tageszeitung

Ja *ich bestelle die "junge Welt"*

für 4 Wochen zum Test-Preis von 15 DM (nur Vorkasse/Scheck, Briefmarken, bar).

Name.....

Str./Nr......

PLZ/Ort.....

Unterschrift.....

Das Test-Abo darf einmalig wahrgenommen werden. Wird der Bezug nicht vor Ablauf der 3. Testwoche gekündigt, wandelt sich das Test-Abo in ein reguläres Abonnement um. Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen nach Absendung (Poststempel) schriftlich widerrufen bei: junge Welt-Vertrieb, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin

Datum/ 2. Unterschrift.....

Coupon und 15 DM einsenden an: junge Welt, Postfach 39, 12414 Berlin

Filmriß zeigt:

Lemmy Caution gegen Alpha 60

Alphaville

Frankreich 1965,
R: Jean-Luc Godard
D: Eddie Constantine, Anna Karina,
93 min

So. 8.1.1995
20.30 Uhr
4,00 DM

Godards einziger Science-Fiction-Film spielt in einer Zukunftsstadt, genannt "Alphaville", einer Stadt, die aus dem realen Paris der 60er entstanden ist, und die zum Zentrum eines autoritären, mittels Computer und Telepathie beherrschten Stadtstaates geworden ist. Der Geheimagent der Außenländer - Lemmy Caution (Eddie Constantine) - soll versuchen diese Macht zu brechen.
Godard verpflichtete für diesen Film mit Eddie Constantine den Helden der quasi in Serie produzierten Lemmy-Caution-Kriminalfilme, die obwohl sie meist schnell und billig hergestellt waren, doch augenzwinkernd viel von den späteren James-Bond-Filmen vorwegnahmen. Freilich auf einer niedrigeren Ebene. Deutsche Titel dieser Filme waren z.B. *Liebe, Lumpen, Leidenschaften; Eddie, Blüten und Blondinen; Küsse, Kugeln und Kannalien; Zum Nachtisch blaue Bohnen* etc.
In **Alphaville** spielt Godard mit der Figur Lemmy Caution. In einer düsteren Zukunft, die viel von heutigen "modernen" Großstädten hat, hat Godard eine Art Comic-Strip entworfen, vom Kameramann Courtard in flachem Licht und körnigem Schwarz-Weiß eingefangen.

Phoolan Devi

- Rebellion einer Banditin

BRD 1994,
R. Mirjam Quinte,
80 min.:

So. 22.1.1995
20.30 Uhr
4,00 DM

Dieser Dokumentarfilm beschreibt die Entstehung der indischen Legende Phoolan Devi. Phoolan Devi ist in einer Region aufgewachsen, in der der Banditenberuf eine gewisse Tradition hat. Als junges Mädchen wird sie von ihren Eltern verheiratet. Sie befreit sich nach der demütigenden Zeit im Dorf ihres Ehemannes und wird Anführerin der Banditen. Sie kehrt mit ihrer Bande in das Dorf zurück und erschießt ihre Vergewaltiger. Diese Tat geht durch die internationale Presse und wird der Beginn ihrer Legende. Phoolan Devi stellt sich nach einiger Zeit und kommt ins Gefängnis, wo sie für diesen Film interviewt wird. Sie berichtet von ihrer Vergangenheit und ihrer Position als Anführerin mit einer faszinierenden Selbstverständlichkeit. Was diesen Dokumentarfilm auszeichnet, ist die Vorsicht, mit der die Regisseurin an das Thema herangeht; sie zeigt manches, fragt vieles und scheut sich davor, einfache Behauptungen aufzustellen, was besonders bei einem Film über eine andere Gesellschaftsform in einem anderen Land angebracht ist.
Die Kolleginnen von Rollenwechsel zeigen den Film ausschließlich für Frauen nochmal am 5.2.

Anfangszeit der Filme ist 20.30 Uhr, seid bitte pünktlich.

alhambra

selbstverwaltetes aktions- und kommunikationszentrum

januar 1995

So. 1. januar	19.00	Rollenwechsel Kino für Frauen zeigt: **Weggehen um anzukommen**
Mo.2. januar	20.30	**Antifa-Plenum**
Di. 3. januar	20.00	**3 Jahre Anatopia** Videofilm
Fr. 6. januar	21.00	**Ska-Night AJF-Soli**
Sa. 7. januar	22.00	**African Rythm Night**
So. 8. januar	20.30	Filmriß zeigt: **Alphaville**
Di. 10. januar	20.00	**Offene Bühne** (Kneipe)
Do. 12. januar	22.00	**Fachschaftsfete SOWI**
Fr. 13. januar	20.00	NutzerInnen-Plenum 23.00 **Die Disco...** wie immer am 2. Freitag im Monat
Sa. 14. januar	21.00	**FrauenLesben-Disco** (beginnt mit 90 min Standardtanz)
So. 15. januar	20.00	Rollenwechsel schwules Kino zeigt: **Freunde fürs Leben**
Di. 17. januar	19.30	**Der Osten wird deutsch** Deutsche Minderheitenpolitik in Osteuropa
Do. 19. januar	22.00	**Fachschaftsfete Sonderpädagogik**
Sa. 21. januar	22.00	**Männerfabrik** (Schwulen- und Männerdisko)
So. 22. januar	20.30	Filmriß zeigt: **Phoolan Devi**
Mo. 23. januar	20.30	Die Politik der Vertriebenenverbände und die Funktion des Bundesinstituts für Ostdeutsche Kultur und Geschichte in Oldenburg
Do. 26. januar	22.00	**Fachschaftsfete Musik**
Sa. 28. januar	22.00	**Rosa Disco** für Lesben und Schwule
Mo. 30. januar	20.30	**Jahresrückblick** auf Video

Regelmäßige Termine Im ALHAMBRA

Montag: 16.00 Uhr Antifa-Jugend-Café * 20.30 Uhr Antifa-Café
Dienstag: 20.30 Uhr Straßenmusikorchester-Probe
Mittwoch: 21.00 Uhr FrauenLesben-Kneipe * jeden 2. Mittwoch: Antimilitarismus-Anti-AKW-Gruppe
Donnerstag: 20.00 Uhr Vokü, anschließend Kneipe * 20.30 Uhr Oldenburger Rechtshilfe
Freitag: 19.00 Tierrechtsoffensive Oldenburg
Sonntag: 12.00 Uhr Lesben- und Schwulen-Frühstück * 15.00 Uhr Café Unfug
Info-Café: Mo., Di. und Fr. 17.00, Mittwoch 17.00 - 18.00 FrauenLesben-Info-Café